



Clarity on Swiss Taxes

Push and pull

Die Rolle der Steuern
für eine nachhaltige Zukunft

EDITORIAL

01 Steuern als Kunstform

02 Die steuerlichen Aspekte von ESG

Warum grüne Steuern und Transparenz im ESG-Universum an Bedeutung gewinnen

04 Grünes Licht für Umweltsteuern

10 Der Weg zu mehr Steuertransparenz

16 Fazit und Ausblick

18 Unternehmensbesteuerung

30 Individualbesteuerung

38 Glossar

39 Kontakte & Impressum



Foto: Daniel Hager

Steuern als Kunstform

Man trifft selten Leute, die schon als Kind Steuerberater werden wollten. Oder die zumindest schon wussten, dass ihr Interesse für Steuern über die eigene Steuererklärung hinausgehen würde. Fachfremden gegenüber vergleiche ich Steuern gerne mit moderner Kunst: Je mehr man sich damit beschäftigt, desto faszinierender wird das Thema.

Das Thema Steuern hat sich in jüngster Zeit sowohl schweiz- als auch weltweit enorm weiterentwickelt. Es ist heute mehr als ein Nischenthema bzw. Fachgebiet für Steuerberater und passionierte Hobby-Experten. Innerhalb weniger Jahre wurden BEPS 1.0 eingeführt, das Schweizer Unternehmenssteuerrecht fundamental verändert und in der EU sowie in anderen Ländern Vorschriften zur Steuertransparenz lanciert. Inzwischen wird mit Hochdruck an BEPS 2.0 gearbeitet, einem Projekt mit weitreichenden Folgen – nicht nur für OECD-Staaten und ihre körperschaftspflichtigen Steuerzahler. Die Medienberichterstattung zu den Luxemburg-Leaks oder den Panama-, Paradise- und Pandora-Papers haben globale Steuerfragen auf die internationale Bühne gebracht, da sich alle gesellschaftlichen Bereiche – nicht nur die Finanzwelt – für das Thema interessieren.

Auch aus diesem Grund sind Steuern inzwischen ein wichtiges Element im Rahmen der ESG-Praktiken. Diverse Organisationen und Initiativen wollen durch die Entwicklung von Frameworks und Standards zur ESG-Berichterstattung erreichen, dass ESG-Faktoren auf breiter Front übernommen werden. Das Weltwirtschaftsforum (WEF) wirbt zum Beispiel für die Einführung einer berichtspflichtigen Kennzahl «Gesamtsteuerleistung», die offenlegt, welchen Beitrag ein Unternehmen mittels direkter und indirekter Steuern zu den Staatsfinanzen leistet. Und Regierungen in aller Welt experimentieren mit steuerlichen Push- und Pull-Effekten, um auf Praktiken und Verhaltensweisen einzuwirken.

In dieser Publikation wollen wir Ihnen neben unserem jährlichen Update zu den weltweiten Steuersätzen aufzeigen, dass Steuerthemen immer stärker auf die ESG-Agenda von Organisationen, Ländern und Unternehmen rücken.

Entdecken Sie Steuern als Kunstform. Wir wünschen Ihnen viel Vergnügen bei der Lektüre.

Stefan Kuhn

Partner, Leiter Steuer- und Rechtsberatung,
Mitglied der Geschäftsleitung KPMG Schweiz



Die steuerlichen Aspekte von ESG

Warum grüne Steuern und Transparenz im ESG-Universum an Bedeutung gewinnen

Im Streben der Regulierungsbehörden zur Eindämmung von Klimawandel und Umweltrisiken werden Steuern ein zunehmend wichtiger Nachhaltigkeitsfaktor. Auch bei vielen der UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) spielen Steuerfragen eine Rolle, weil Steuereinnahmen grossen Einfluss auf den Wohlstand und die Entwicklung von Gesellschaften haben. Anspruchsgruppen ziehen Steueraspekte zunehmend als Kennzahlen für ESG- oder Nachhaltigkeitsthemen heran, weil die anstehenden Aufgaben ohne Steuergelder für Politik und Gesellschaft gar nicht finanzierbar wären.

Autorinnen

Elizabeth Barendregt, Leiterin Indirect Tax Westschweiz
Anne Marie Anselmi, Director International Corporate Tax, Head of Tax Accounting
Konstantina Tsiosta, Senior Manager, Indirect Tax

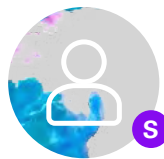
So beeinflussen Steuern den **ESG-Bereich**



Environmental

[Umwelt]

durch die **Einführung** von spezifischen Umweltsteuern und Zöllen sowie **Steueranreizen** zur Förderung von Nachhaltigkeitszielen.



Social

[Soziales]

durch öffentliche Sensibilisierung für Steuerthemen und **angemessene finanzielle Beiträge** seitens der Unternehmen im Streben nach Vertrauen und Transparenz.



Governance

[verantwortungsvolle Unternehmensführung]

durch einen **Nachhaltigkeitsfokus der Führungsspitze**, bei dem Steuern ein Kernelement guter Unternehmensführung und unternehmerischer Verantwortung bilden.

Regierungen nutzen grüne Steuern und Anreize als Instrumente, um ihre Volkswirtschaften nachhaltiger zu gestalten und das Verhalten der Gesellschaft zu beeinflussen. Die Politik erzeugt Push- und Pull-Effekte, indem sie Steueranreize, Investitionserleichterungen und Finanzmittel für nachhaltige Unternehmen gewährt, während umweltschädliche Verhaltensweisen, Aktivitäten und Produkte mit Umweltsteuern belegt werden.

Gleichzeitig wandelt sich Steuertransparenz zunehmend vom «Nice-to-have» zu einer zwingenden Vorschrift – oder zumindest zu einer Anforderung, die die jeweiligen Anspruchsgruppen klarerweise erwarten. Abgesehen von den regulatorischen Aspekten werden ESG-Faktoren insbesondere auch von Anlegern zunehmend bei ihren Anlageentscheidungen berücksichtigt. Dabei können Steuern die finanzielle und nichtfinanzielle Performance von Anlagezielen stark beeinflussen.

Grünes Licht für Umweltsteuern

Die Regulierungsbehörden haben ihre Bemühungen, den Klimawandel zu bremsen und die Wirtschaft auf nachhaltigere Geschäftsmodelle zu verlagern, intensiviert. In diesem Zusammenhang setzen Regierungen weltweit auf Umweltsteuern – sogenannte «grüne» Steuern – als flexibles ökonomisches Instrument zur Erhöhung der Steuereinnahmen und zur Durchsetzung des Verursacherprinzips.

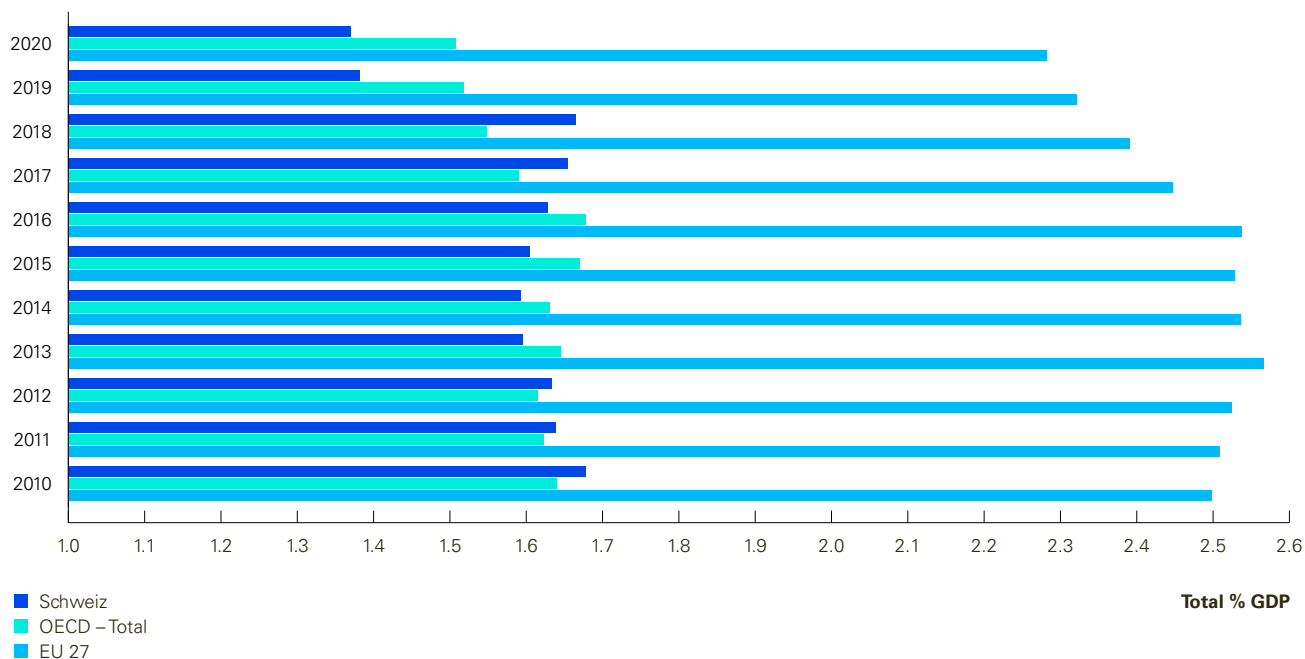
Ein Kernmerkmal von Umweltsteuern ist ihre Vielfalt. Diese reicht von Energiesteuern und emissionsbezogenen Massnahmen über Verkehrssteuern bis hin zu Steuern auf Umweltverschmutzung, Ressourcenmanagement und Abfallentsorgung. Ausserdem sind Umweltsteuern ein flexibles Instrument, dessen Gestaltung, Form und Umsetzung von Land zu Land sehr unterschiedlich ausfallen.

Für Unternehmen, insbesondere international tätige Firmen, kann dies einen ziemlich uneinheitlichen umweltpolitischen Handlungsrahmen zur Folge haben. Viele haben auch Schwierigkeiten, mit den rasanten Entwicklungen Schritt zu halten, mehren sich die ESG-bezogenen Steuermassnahmen, die Reformen bestehender Vorschriften zu Umweltsteuern und die neuen Steueranreize doch stetig. Diese Geschwindigkeit und Komplexität können zur Belastung werden, obwohl in den grossen Volkswirtschaften die Einnahmen aus Umweltsteuern im Verhältnis zum BIP relativ stabil geblieben sind.

Schlüsselstatistiken¹

- Die Einnahmen aus Umweltsteuern sind weitgehend stabil geblieben und machen in den OECD-Mitgliedsstaaten 1,5 bis 2 Prozent des BIP aus.
- In der EU machten die Einnahmen aus Umweltsteuern 2019 EUR 330,6 Milliarden aus. Dies entspricht 5,9 Prozent der gesamten Steuereinnahmen und 2,4 Prozent des BIP der EU².
- In der Schweiz beliefen sich die Umweltsteuereinnahmen im gleichen Zeitraum auf rund CHF 15 Milliarden, was 5,1 Prozent der gesamten Steuereinnahmen entspricht.

Einnahmen aus Umweltsteuern, 2010 bis 2020



Obwohl die jüngsten Statistiken auf einen leichten Rückgang der Umweltsteuereinnahmen im Verhältnis zum BIP von 2019 auf 2020 hindeuten, widerspiegelt dieser Rückgang hauptsächlich Verzögerungen bei der Umsetzung der Umweltpolitik und der Anpassung an die Steuervorschriften in diesem Zeitraum³.

Während die Länder noch mit der Bewältigung der Gesundheitskrise der letzten zwei Jahre beschäftigt sind, müssen die Regierungen ihre Etats rasch auf die nächste sich anbahnende Krise ausrichten: den Klimawandel. Mit dem zu erwartenden Inkrafttreten bedeutender umweltpolitischer Massnahmen im Bereich der Besteuerung von CO₂-Emissionen und Kunststoffen dürfte der Anteil der Umweltsteuern am Gesamtsteuereinkommen in Zukunft erheblich steigen.

Andererseits dürften die Regierungen angesichts der stark schwankenden und von bedeutenden geopolitischen Ereignissen abhängigen Öl- und Gaspreise Schwierigkeiten haben, einen Kompromiss zwischen ihrer Klimapolitik und der Notwendigkeit zu finden, den Umstieg auf nachhaltigere Energieformen zu beschleunigen.

Daher muss inskünftig genauestens überwacht werden, wie sich die Entwicklungen in den Bereichen ESG und Steuern auswirken könnten; daraus resultierende allfällige Veränderungen in den operativen Geschäftsmodellen müssen antizipiert werden.

¹ OECD (2022), Environmental tax (indicator). doi: 10.1787/5a287eac-en.

² Quelle: Eurostat (env_ac_tax), data extracted in December 2021.

³ Quelle: Eurostat, Umweltsteuer-Statistik – detaillierte Analyse, Datenextraktion im Dezember 2021.

Auf welchen Steuerentwicklungen im Bereich ESG sollte das Hauptaugenmerk liegen?

Das Umweltsteuer-Umfeld hat sich in den letzten Jahren rasant verändert, da die Regierungen versuchen, ihren Verpflichtungen zur CO₂-Neutralität, zur Reduzierung der Emissionen in CO₂-intensiven Sektoren und zur Minderung der Risiken des Klimawandels nachzukommen.

Eine ESG-bezogene Steuerpolitik erwarten wir insbesondere in den folgenden Bereichen:

- **Dekarbonisierung**

Die Bestimmungen umfassen die Einführung neuer CO₂-Abgaben und weiterer Massnahmen zur Kontrolle der Verlagerung von CO₂-Emissionen, wie zum Beispiel den EU-Mechanismus zum CO₂-Grenzausgleich (CBAM⁴), die Revision der Verbrauchssteuersätze, die schrittweise Aufhebung von Steuerbefreiungen für bestimmte stark verschmutzende Sektoren sowie die Reform der Emissionshandelssysteme (EHS).

- **Kreislaufwirtschaft**

Im Fokus stehen Massnahmen, welche die natürlichen Ressourcen schonen, die Wiederverwendung, die Reparatur und das Recycling von Produkten fördern und die Abfallbewirtschaftung verbessern. Zu den wichtigsten gesetzlichen Hebeln gehören Plastiksteuern, die insbesondere auf nicht wiederverwertbare Kunststoffverpackungen abzielen, sowie zusätzliche Steuern, Bussgelder und Gebühren, die für die Behandlung oder Entsorgung von Plastikabfall erhoben werden.

- **Nachhaltige Entwicklung**

Ziel ist es, in bestimmten Sektoren die Finanzierung grüner Investitionen zu fördern, Steueranreize oder Steuergutschriften für Unternehmen zu schaffen, damit diese auf nachhaltigere Energieprodukte umsteigen, und Standards für die Berichterstattung zur Steuertransparenz einzuführen – als Teil der KPI-Messung in den Bereichen ESG und Governance.

Derzeit zeichnen sich in verschiedenen Ländern ESG-Steuerentwicklungen in den oben genannten Bereichen ab. Eine gebündelte oder einheitliche Entwicklung ist jedoch nicht festzustellen. Obwohl viele Staaten vermutlich ähnliche Umweltziele verfolgen, erarbeitet und implementiert jedes Land seinen eigenen Umweltsteuerkatalog. Das Ergebnis sind erhebliche Unterschiede zwischen den Steuersystemen der einzelnen Länder. Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig sind, müssen sich somit in einem hochkomplexen Geflecht nationaler oder regionaler Umweltsteuerrichtlinien zurechtfinden.

Der [Green Deal](#) der EU ist das wichtigste Rahmenwerk für die Umwelt- und Nachhaltigkeitsstrategie und wird sich direkt auf die Unternehmen im EU-Raum auswirken. Der [Green Deal](#) trägt der entscheidenden Rolle der Besteuerung für eine Transformation hin zu mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit Rechnung und umfasst ein umfangreiches Paket an steuerbezogenen Umwelt- und Nachhaltigkeitsmassnahmen.

⁴ EU Carbon Border Adjustment Mechanism «CBAM»

Green Deal

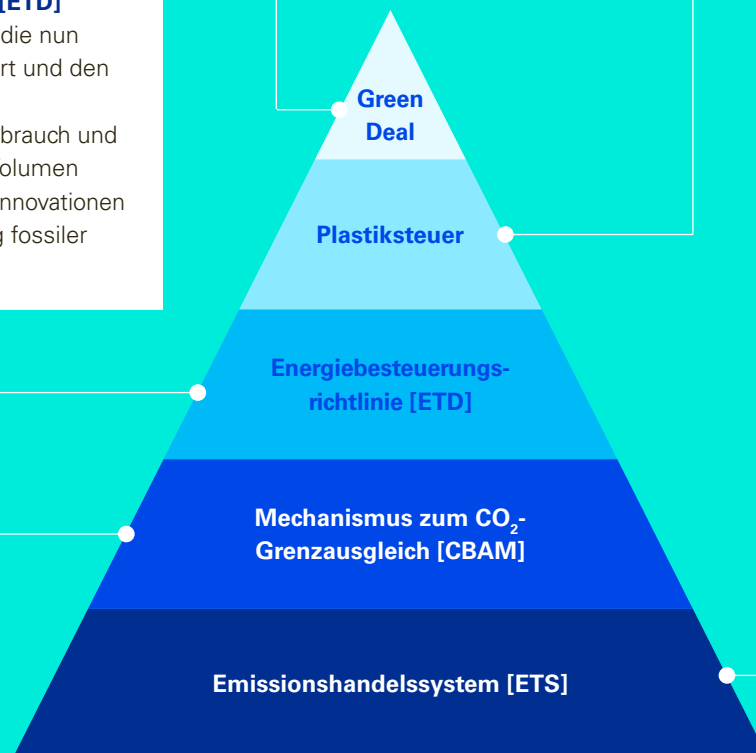
- Netto-Null-Emissionen bis 2050
- Bis 2030 Reduktion der CO₂-Emissionen um 50–55% gegenüber 1990

Energiebesteuerungsrichtlinie [ETD]

- Breite Bemessungsgrundlage, die nun auch die Luftfahrt, die Schifffahrt und den Fischereisektor umfasst
- Steuersätze je nach Energieverbrauch und Umweltbelastung, nicht nach Volumen
- Preissignale zur Förderung von Innovationen und Investitionen; Bekämpfung fossiler Brennstoffe

Plastiksteuer

- Erhebung von verbrauchsbezogenen Abgaben auf nicht rezyklierte Kunststoffe; Besteuerung der Märkte der 10–15 führenden Wirtschaftsnationen
- Jeder Staat setzt seine eigene Plastiksteuer fest (landesabhängige Steuern)

**Mechanismus zum CO₂-Grenzausgleich [CBAM]**

- Schatten-ETS auf bestimmte Hoch-emissionsimportgüter
- Ziel: gleiche CO₂-Kosten für Importgüter wie für lokal produzierte Waren

Emissionshandelssystem [ETS]

- CO₂-Bepreisung innerhalb der EU mit vielen durch das ETS regulierten Sektoren
- Aufhebung bestimmter kostenfreier Kontingente bei gleichzeitiger Einführung des CBAM

Parallel zur Umsetzung der EU-weiten Massnahmen führen Länder innerhalb und ausserhalb der EU auch ihre eigenen nationalen ESG-Steuermassnahmen ein, darunter beispielsweise nationale Plastiksteuer Regelungen.

Fokus Plastiksteuern

Ein Schwerpunkt der politischen Entscheidungsträger ist der Umgang mit Kunststoffen und deren Auswirkungen auf die Umwelt, insbesondere wenn sie als Abfall die Meere verschmutzen. Wie im jüngsten OECD-Bericht «Global Plastics Outlook»⁵ nachzulesen ist, haben die Vereinten Nationen, die G7 und die G20 in den letzten zehn Jahren mehrere internationale Initiativen zur Bekämpfung von Meeresverschmutzung und Plastikabfall lanciert. Die meisten dieser Massnahmen betreffen Verbote oder andere Formen der Beschränkung von Einwegplastik sowie die Bewirtschaftung von Kunststoffabfällen (in der Regel durch spezielle Systeme wie die erweiterte Herstellerverantwortung (EPR⁶)).

Zusätzlich zu diesen Regelungen hat die EU im Rahmen ihres Haushalts 2021–2027 die sogenannte EU-Plastiksteuer

eingeführt. Seit dem 1. Januar 2021 ist die EU-Plastiksteuer ein Beitrag zum EU-Budget, der von den EU-Mitgliedsstaaten in Abhängigkeit von der Menge erzeugter, nicht rezyklierter Kunststoffverpackungsabfälle zu entrichten ist. Er wird zu einem einheitlichen Satz von EUR 0,80 pro kg erhoben.

Die EU-Mitgliedsstaaten müssen diese Beiträge zwar an die EU entrichten, sind aber frei zu entscheiden, ob sie ihre eigene nationale Plastiksteuer erheben wollen, um ihre Beiträge zuhänden der EU zu finanzieren. Da solche Massnahmen einseitig von den EU-Mitgliedsstaaten eingeführt würden, müssen sich Unternehmen darauf gefasst machen, dass sie in den Ländern, in denen sie tätig sind, mit unterschiedlichen Steuervorschriften für Plastik konfrontiert sein werden.

Plastiksteuern – Überblick Rechtslage⁷



Es ist davon auszugehen, dass ab 2022 eine ganze Reihe von Ländern weltweit eine Art Plastiksteuer oder -abgabe auf die Herstellung, das Inverkehrbringen und den Vertrieb von Produkten, die Kunststoffverpackungen enthalten, einführen werden. Beispiele:

• Vereinigtes Königreich

Seit dem 1. April 2022 müssen Unternehmen, die mehr als zehn Tonnen Kunststoffverpackungsmaterial mit einem Anteil von weniger als 30 Prozent rezykliertem Plastik herstellen oder einführen, eine entsprechende Steuer entrichten.

• Italien

Per 1. Januar 2023 soll die Verwendung von Einweg-Plastikartikeln besteuert werden.

• Spanien

Eine Verbrauchssteuer auf nicht wiederverwendbare Kunststoffverpackungen soll ebenfalls per 1. Januar 2023 eingeführt werden.

Auch Länder wie beispielsweise Portugal und Polen erwägen die Einführung solcher Massnahmen zur Besteuerung von Kunststoff und Kunststoffverpackungen oder erweitern die Gebührenpflicht im Zusammenhang mit der Bewirtschaftung von Plastikabfällen (z. B. im Rahmen der erweiterten Herstellerverantwortung (EPR)).

All diesen verschiedenen Arten von Steuern, Abgaben oder Gebühren auf Kunststoffverpackungen und Kunststoff ist gemeinsam, dass sie zwangsläufig die Beschaffungskosten von Kunststoff erhöhen werden. Unternehmen, die in den jeweiligen Ländern tätig sind, müssen mit Registrierungs- und Meldepflichten rechnen. Um die geltenden Bestimmungen zu erfüllen, müssen die Unternehmen:

- Datenanforderungen für die Berichterstattung zur Plastiksteuer definieren,
- die Einsatzbereitschaft ihrer Systeme prüfen,
- die Vertragsbedingungen mit Lieferanten und/oder Kunden überprüfen, um zu ermitteln, welche Partei zur Einhaltung der Bestimmungen im Zusammenhang mit der Plastiksteuer verpflichtet ist.

⁵ OECD (2022), Global Plastics Outlook: Economic Drivers, Environmental Impacts and Policy Options, OECD Publishing, Paris, <https://doi.org/10.1787/de747aef-en>.

⁶ Extended Producer Responsibility «EPR».

⁷ Stand: April 2022

Fokus CO₂-Steuer

Die wichtigsten Entwicklungen auf dem Gebiet der CO₂-Steuer sind die Reform der EU-Energiesteuerrichtlinie, die Überarbeitung des EU-Emissionshandelssystems (ETS) und insbesondere die Einführung des EU-Mechanismus zum CO₂-Grenzausgleich (CBAM).

Der CBAM soll in der gesamten Wirtschaft nachhaltige Produktionsketten fördern und sicherstellen, dass die Umweltziele der EU nicht durch die Verlagerung der Produktion in Drittländer umgangen werden – in Länder also, welche bei der Senkung der CO₂-Emissionen nicht die gleichen Ziele verfolgen wie die EU.

Auf der Grundlage des am 14. Juli 2021 veröffentlichten EU-Vorschlags müssen sich Unternehmen, die bestimmte Kategorien von ausserhalb der EU hergestellten Waren importieren, bei der europäischen CBAM-Behörde registrieren lassen und CO₂-Zertifikate erwerben (deren Preis sich an den wöchentlichen ETS-Zertifikaten orientiert), um die in den importierten Waren enthaltenen Treibhausgasemissionen zu kompensieren. Mittels CBAM-Erklärung werden die Unternehmen die Emissionen melden müssen, die mit den im vergangenen Kalenderjahr eingeführten Waren zu verzeichnen waren.

Stand heute ist davon auszugehen, dass die CBAM-Verordnung Unternehmen betreffen wird, die folgende Produkte in die EU einführen: Eisen, Stahl, Zement, Düngemittel, Aluminium und Strom. Da der Entwurf des CBAM-Vorschlags gegenwärtig noch das EU-Gesetzgebungsverfahren durchläuft, könnte sein Regelungs- und Geltungsbereich durchaus noch geändert oder auf weitere Sektoren oder Produktkategorien ausgedehnt werden.

Angesichts der Tatsache, dass der CBAM voraussichtlich im Januar 2023 in Kraft treten wird, sollten Unternehmen bereits jetzt die entsprechenden Vorkehrungen treffen. Dabei sollten sie berücksichtigen, dass sie möglicherweise nur wenig Zeit haben werden, um sich auf etwaige Änderungen der CBAM-Bestimmungen einzustellen.

Die Einführung des CBAM ist ein wichtiger Schritt in der EU-Politik zur CO₂-Bepreisung und wird sich auf die in der EU tätigen Unternehmen auswirken. Die Unternehmen werden sich dabei nicht nur an die Bestimmungen und Meldepflichten halten müssen, sondern auch die Auswirkungen der Emissionszertifikate auf ihre Produktionskosten zu berücksichtigen haben. Und sie werden sich auch intensiv mit der Erarbeitung einer geeigneten Methodik befassen müssen, um die in ihrer gesamten Wertschöpfungskette eingebundenen Emissionen zu bestimmen.

Inwiefern könnten sich Umweltsteuern auf Schweizer Unternehmen auswirken?

Obwohl die Schweiz bislang keine Steuern oder Abgaben auf Kunststoffe oder Kunststoffverpackungen kennt, erarbeitet das Bundesamt für Umwelt gegenwärtig eine Studie zu den Auswirkungen von Plastik auf die Umwelt und zu Massnahmen, um die Kreislaufwirtschaft zu fördern.

Abgesehen von den möglichen künftigen Entwicklungen in der Schweiz dürften auch weltweit tätige Schweizer Unternehmen von neuen Umweltsteuern betroffen sein, die in verschiedenen Ländern anfallen werden.

Zu beachten ist dabei, dass Steuerbestimmungen im Zusammenhang mit Kunststoffen – sei es in Form von Steuern auf Kunststoff und Kunststoffverpackungen, sei es in Form von Strafgebühren – Unternehmen aller Branchen betreffen werden. Selbst wenn in bestimmten Wirtschaftszweigen das Risiko und die Auswirkungen einer Plastiksteuer auf den Cashflow eher gering sein mögen, dürften die Kosten im Zuge der Umsetzung von Compliance-Prozessen und der Kunststoffsteuer-Berichterstattung dennoch erheblich sein, da die Steuergrundlagen und Systeme, die in den einzelnen Ländern angewandt werden, sehr unterschiedlich sind.

Ebenso müssen Schweizer Unternehmen die Prozesse zur Überwachung der Emissionsbilanz ihrer Lieferketten überprüfen und hinterfragen, um etwaige Meldepflichten, die sich aus den CO₂-Steuerregelungen ergeben könnten (insbesondere aus dem CBAM), zu ermitteln, zu verifizieren und zu definieren. Die Entwicklung einer Methodik zur Messung und Berechnung der in den Produkten enthaltenen Emissionen könnte sich als ziemlich schwierig erweisen, wenn sich die Produktion über verschiedene Regionen mit unterschiedlichen CO₂-Steuerregelungen und CO₂-Emissionspolitiken erstreckt. In solchen Fällen wäre eine Überprüfung der Lieferkette entscheidend, um die relevanten Faktoren zu ermitteln, eine geeignete Methodik festzulegen und die sich daraus ergebenden Kostenauswirkungen auf die gesamte Struktur zu bewerten.



Der Weg zu mehr Steuertransparenz

Während ESG-Themen in vielen Unternehmen weiterhin höchste Priorität geniessen, gewinnt die Steuertransparenz immer mehr an Bedeutung. Im Zuge dieser Entwicklung werden derzeit zahlreiche Vorstösse unternommen und Standards definiert, denen vielfach die United Nations Sustainable Development Goals (SGDs) zugrunde liegen. Diese sind bereits in Kraft oder werden in naher Zukunft implementiert.

Bei der Steuerberichterstattung geht es um mehr als die transparente Offenlegung der Steuerverpflichtungen eines Unternehmens. Im Zentrum stehen vielmehr die angewendeten Prinzipien und der steuerliche Fussabdruck. Mit anderen Worten sollen die Firmen aktiv aufzeigen, wie nachhaltig und sozialgerecht sie wirtschaften. Auf dem Weg zu mehr Steuertransparenz sind zahlreiche interne und externe Faktoren zu berücksichtigen.

Was treibt die Entwicklung an?

Erstmals in der Öffentlichkeit diskutiert wurde das Thema Steuertransparenz in der Finanzkrise 2007/2008 aufgrund der öffentlichen Wahrnehmung, dass Grosskonzerne keinen angemessenen finanziellen Beitrag an die Gesellschaft leisten («paying their fair share»). Seither hat sich die Debatte stark ausgeweitet und wird neben den Marktkräften auch von regulatorischen Vorstössen angetrieben.

• Regulatorische Vorstösse

Derzeit werden zahlreiche internationale und/oder nationale Regelwerke entwickelt, die allesamt auf Vertrauensbildung durch Transparenz abzielen. Manche davon sind bereits in Kraft getreten. Zusätzlich angetrieben wird die Debatte durch COVID-19 und den Rechtfertigungsdruck, dem die Regierungen für ihre gewährten Rettungspakete unterliegen. Einige der Vorschriften und Standards sind bereits rechtlich bindend, wie CbCR, CRD-IV, die EU-Bilanzrichtlinie oder nationale Bestimmungen in Grossbritannien, Australien, Norwegen etc., während Regelwerke wie

die UN-PRI oder die GRI-Standards freiwilliger Natur sind. Darüber hinaus stehen mehrere regulatorische Vorstösse im Raum, deren Umsetzung in nächster Zeit ansteht, wie etwa die EU-Richtlinie zur öffentlichen länderbezogenen Berichterstattung (Public Country-by-Country-Reporting, CbCR).

• Marktkräfte

Seitdem Anleger und Verbraucher einen stärkeren ESG-Fokus von Unternehmen verlangen, setzen sich diese stärker mit ihrem Unternehmenszweck und ihrem gesellschaftlichen Beitrag auseinander. Sobald die Unternehmen ihre Nachhaltigkeitsziele und -strategien festgelegt haben, stehen sie unter Druck, ihre Steuertransparenz entsprechend anzupassen und für Konsistenz mit der Kommunikationsstrategie und der Position der Wettbewerber zu sorgen. Hinzu kommt, dass sich auch Anleger verantwortungsbewusster verhalten wollen, weswegen Steuertransparenz verstärkt als Kennzahl in Nachhaltigkeitsrankings aufgenommen wird.

Was heisst Steuertransparenz in der Praxis?

Je nach Anspruchsgruppe gibt es sehr unterschiedliche Ansichten zum Thema Steuertransparenz. In den Standards zur Steuertransparenz gehen die Auffassungen des Begriffs «transparent» ziemlich weit auseinander, sodass «Steuertransparenz» eher als Begriffsspektrum zu verstehen ist. Was Unternehmen, Öffentlichkeit, Anleger und Regierungen als «ausreichend» erachten, wird sich mit der Zeit verändern. Vermutlich wird sich die Norm entlang des Spektrums verschieben und sukzessive mehr Offenlegung erfordern.



Ist die Public-CbCR-Richtlinie der EU ein Gamechanger?

Die neue EU-Richtlinie zum Public Country-by-Country Reporting (CbCR) ist seit 21. Dezember 2021 in Kraft. Sie muss bis 22. Juni 2023 in nationales Recht der EU-Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.

Die neuen Offenlegungspflichten gelten für multinationale Unternehmensgruppen mit einem konsolidierten Jahresumsatz ab EUR 750 Millionen, sofern sich entweder ihre Muttergesellschaft in der EU befindet oder Tochtergesellschaften bzw. Zweigniederlassungen ab einer bestimmten Grösse dort ansässig sind. Ihr CbC-Bericht muss Informationen zu allen Einheiten der Unternehmensgruppe enthalten (einschliesslich bestimmter Einheiten ausserhalb der EU) und folgende sieben Schlüsselbereiche abdecken:

- 1 Kurzbeschreibung der Geschäftstätigkeit
- 2 Anzahl Mitarbeitende
- 3 Nettoumsatz (inkl. Umsatz mit nahestehenden Unternehmen)
- 4 Gewinn oder Verlust vor Steuern
- 5 Steuerrückstellungen
- 6 Steuerzahlungen
- 7 Einbehaltener Gewinn

Diese Informationen müssen für alle EU-Mitgliedsstaaten, in denen die Gruppe tätig ist, aufgedruckt werden. Dasselbe gilt für Länder, die von der EU als «nicht kooperativ» eingestuft werden oder seit mindestens zwei Jahren auf der grauen Liste der EU stehen. Die Daten zu allen übrigen Ländern können aggregiert dargestellt werden.

Der CbC-Bericht ist in einem Unternehmensregister des betreffenden EU-Mitgliedsstaats sowie auf der Website des Unternehmens zu veröffentlichen, wo er mindestens fünf Jahre lang zugänglich bleiben muss. Wenn die Muttergesellschaft nicht der Rechtsprechung eines EU-Mitgliedsstaats unterliegt, muss die Berichterstattung von ihren EU-ansässigen Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen übernommen werden – es sei denn, die Muttergesellschaft publiziert einen Bericht, der diese Tochtergesellschaften und Zweigniederlassungen miteinbezieht. Der CbC-Bericht ist jährlich innerhalb von 12 Monaten nach dem Bilanzstichtag der Gruppe für das abgeschlossene Geschäftsjahr zu veröffentlichen. Für alle ab dem 22. Juni 2024 beginnenden Geschäftsjahre ist die Berichterstattung verpflichtend. Die einzelnen EU-Mitgliedstaaten können diese Vorschriften auf freiwilliger Basis aber auch früher anwenden.

Wo stehen Schweizer Unternehmen beim Thema Steuertransparenz?

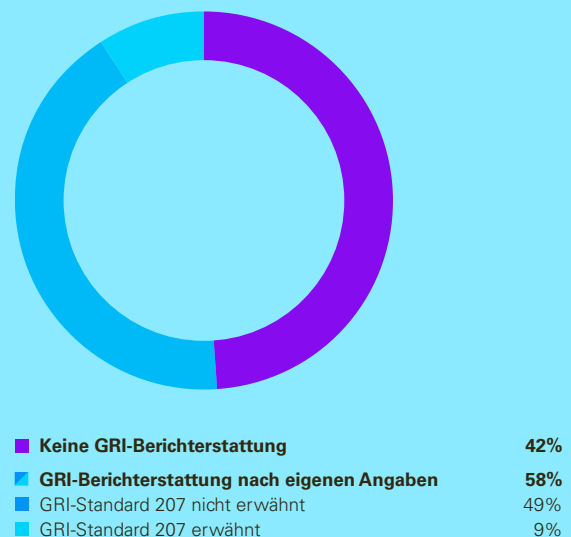
Bewertung auf Grundlage von GRI 207

Um den Status quo der Schweizer Unternehmen bezüglich ihrer Steuertransparenz zu bewerten, haben wir die 150 grössten an der SIX Stock Exchange kotierten Unternehmen daraufhin analysiert¹, ob sie schon heute Nachhaltigkeitsberichte nach den gängigen Standards der GRI (Global Reporting Initiative) veröffentlichen, und falls ja, ob diese Berichte zumindest einige Aspekte des neuen Steuerstandards GRI 207 enthalten.

Darüber hinaus haben wir untersucht, inwieweit die Firmen freiwillige Steuertransparenzberichte veröffentlichen, und ggf. den Umfang der Berichterstattung bewertet².

Dabei haben wir festgestellt, dass 58% der analysierten Unternehmen entweder einen Nachhaltigkeitsbericht für das Jahr 2020 publiziert oder Nachhaltigkeitsdaten in ihren Geschäftsbericht integriert haben, die nach eigenen Aussagen prinzipiell den GRI-Standards entsprechen. 16% dieser nach GRI berichtenden Unternehmen (bzw. 9% aller untersuchten Unternehmen) haben in ihrem Nachhaltigkeitsbericht oder einem separaten Steuertransparenzbericht auf den neuen Steuerstandard (GRI 207) verwiesen³.

Berichterstattung nach GRI-Standards



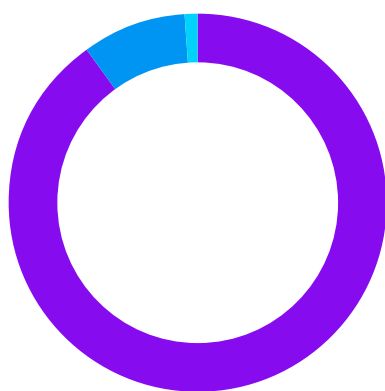
¹ Basierend auf Daten und Schlussfolgerungen aus der am 20.01.2022 von Handelszeitung und SIX publizierten Liste der grössten Schweizer Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen, Banken und Versicherer des Jahres 2021.

² Qualitative Analyse basierend auf öffentlich verfügbaren Daten aus den Geschäfts- und Nachhaltigkeitsberichten des Jahres 2020 und anderen veröffentlichten Dokumenten sowie einer subjektiven Bewertung und Interpretation dieser Daten.

³ Umfasst nur Unternehmen, in deren GRI-Index ausdrücklich auf den Steuerstandard GRI 207 verwiesen wurde – unter genauer Angabe, wo Informationen zu GRI 207 zu finden sind.

Darüber hinaus haben 10% der Unternehmen freiwillige Steuertransparenz- oder Steuerstrategieberichte ohne explizite Bezugnahme auf die GRI-Standards publiziert. Von diesen 10% haben 90% (bzw. 9% der Gesamtpopulation) ihrer Nachhaltigkeitsberichterstattung dennoch die GRI-Standards zugrunde gelegt und in ihrem Steuertransparenzbericht Aspekte von GRI 207 abgedeckt, obwohl ihr GRI-Index keinen Verweis auf den Steuertransparenzbericht enthielt. Die Berichte der restlichen 10% (bzw. 1% der Gesamtpopulation) enthielten ebenfalls einige Aspekte von GRI 207, obwohl diese Unternehmen nicht grundsätzlich nach GRI-Standards berichtet haben.

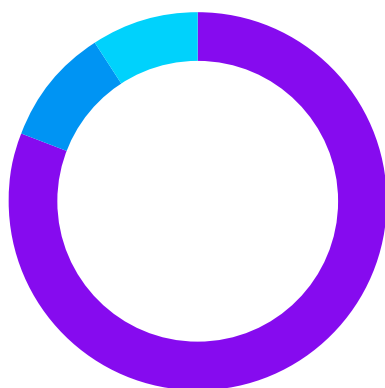
Freiwillige Steuertransparenzberichte



■ Keine freiwillige Steuertransparenzberichterstattung	90%
■ Freiwillige Publikation eines Steuertransparenzberichts	10%
■ Berichterstattung nach GRI-Standards	9%
■ Keine Berichterstattung nach GRI-Standards	1%

Insgesamt haben somit 19% der 150 untersuchten Unternehmen das Thema Steuertransparenz entweder im Rahmen ihrer GRI-Berichterstattung behandelt (9%) oder unabhängig von den GRI-Standards freiwillige Steuertransparenzberichte veröffentlicht (10%)

Steuertransparenzberichterstattung



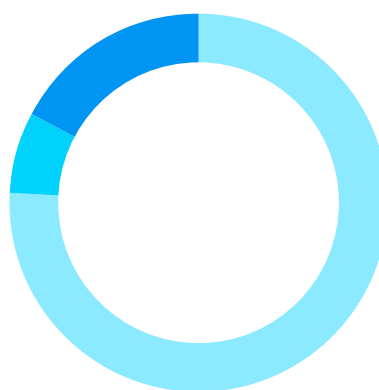
■ Keine Steuertransparenzberichterstattung	81%
■ Steuertransparenzberichterstattung	19%
■ GRI-Standard 207 nicht im Bericht erwähnt	10%
■ GRI-Standard 207 im Bericht erwähnt	9%

Um die Qualität der Steuertransparenzberichte zu beurteilen, haben wir die Berichte in drei Kategorien aufgeteilt:

- **Stufe 1**
Berichte, die nur das allgemeine Steuerkonzept des Unternehmens gemäss GRI 207-1 beschreiben
- **Stufe 2**
Berichte, die über das allgemeine Steuerkonzept hinaus auch die Themen Governance, Kontrollen und Risikomanagement in Bezug auf Steuerfragen behandeln (GRI 207-2) und den Umgang des Unternehmens mit steuerbezogenen Anliegen seiner Anspruchsgruppen erläutern (GRI 207-3)
- **Stufe 3**
Berichte, die über Stufe 1 und 2 hinaus zumindest einen begrenzten Umfang an CbC-Berichterstattung enthalten (GRI 207-4)

Von allen Steuerberichten (d. h. den offiziell nach GRI-Standard 207 erstellten und den freiwilligen Berichten) entfielen 76% auf Stufe 1, 7% auf Stufe 2 und 17% auf Stufe 3.

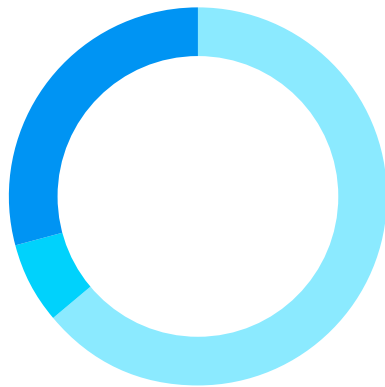
Qualität der Steuertransparenzberichte



■ Stufe 1	76%
■ Stufe 2	7%
■ Stufe 3	17%

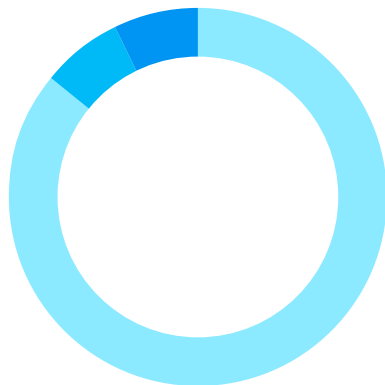
Von den Berichten, die ausdrücklich auf GRI 207 Bezug nehmen, entfielen 64% auf Stufe 1, 7% auf Stufe 2 und 29% auf Stufe 3. Von den freiwilligen Steuertransparenzberichten entfielen 86% auf Stufe 1 und jeweils 7% auf Stufe 2 respektive Stufe 3.

Qualität der Steuertransparenzberichte, die GRI 207 anwenden



Stufe 1	64%
Stufe 2	7%
Stufe 3	29%

Qualität der freiwilligen Steuertransparenzberichte

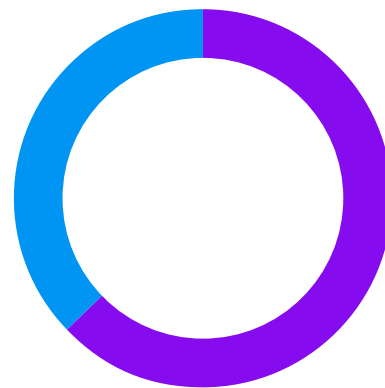


Stufe 1	86%
Stufe 2	7%
Stufe 3	7%

Auswirkungen der Public-CbCR-Richtlinie der EU

Ergänzend zu unserer Untersuchung der heutigen «freiwilligen» Steuertransparenzberichterstattung zeigt die folgende Grafik, wie viele der 150 grössten Schweizer Unternehmen voraussichtlich von der Public-CbCR-Richtlinie der EU betroffen sein werden und voraussichtlich ab dem Jahr 2025 länderbezogene Daten offenlegen müssen⁴.

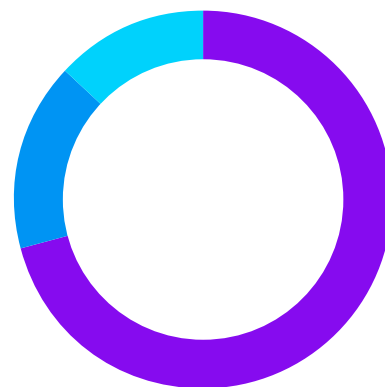
Von der Public-CbCR-Richtlinie der EU betroffene Unternehmen



Von der Public-CbCR-Richtlinie betroffen	63%
Von der Public-CbCR-Richtlinie nicht betroffen	37%

Nach unserer Analyse werden voraussichtlich 63% der untersuchten Unternehmen unter die EU-Public-CbCR-Richtlinie fallen. 29% dieser Unternehmen erstellen schon heute eine Steuerberichterstattung, die entweder den GRI-Standard 207 als Basis nimmt (13%) oder auf freiwilliger Basis erfolgt (16%). Eine länderbezogene Berichterstattung (CbCR) veröffentlichen dagegen heute erst 5% dieser Unternehmen.

Steuerberichterstattung der von der Public-CbCR-Richtlinie betroffenen Unternehmen



Keine Steuertransparenzberichterstattung	71%
Steuertransparenzberichterstattung	29%
Freiwillige Steuertransparenzberichte	16%
GRI-Standard 207 im Bericht erwähnt	13%

⁴ Basierend auf der Annahme, dass Schweizer Unternehmensgruppen dann unter die Richtlinie fallen, wenn ihr konsolidierter Umsatz im Jahr 2020 über EUR 750 Millionen lag und sie gleichzeitig Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen in einem EU-Mitgliedsstaat hatten.

Zusammenfassung

Eine beträchtliche Zahl der 150 grössten Schweizer Unternehmen veröffentlicht schon heute Nachhaltigkeitsberichte oder Informationen nach GRI-Standards. Steueraspekte werden in diesen Berichten aber nur relativ selten abgedeckt. Ferner orientieren sich ungefähr die Hälfte der Unternehmen, welche einen freiwilligen Steuerbericht publizieren, an dem neuen Steuerstandard GRI 207.

Die publizierten Steuertransparenzberichte enthalten meistens eine Erläuterung zum allgemeinen Steuerkonzept, während wichtige nachhaltigkeitsrelevante Aspekte zu weiteren Steuerthemen aussen vor bleiben. Selbst die vergleichsweise fortschrittlichen Berichte der Stufe 3 erfüllen den GRI-Standard 207 nicht vollständig und könnten durch detailliertere Analysen und Informationen zu steuerrelevanten Themen verbessert werden.

Künftig werden zahlreiche Unternehmen der Public-CbCR-Richtlinie der EU unterliegen. Auch Unternehmen, die ihre Steuertransparenz schon heute wichtig nehmen, müssen sich im Hinblick darauf noch ein Stück weiterentwickeln. Unternehmen, die bislang noch gar keine Steuerberichterstattung vornehmen, müssen schnellstmöglich den Anschluss finden.

Durch die Public-CbCR-Richtlinie der EU und weitere in diesem Artikel beschriebene Faktoren dürften sich künftig deutlich mehr Unternehmen aktiv an der Debatte zur Steuertransparenz beteiligen. Somit sollte die Zahl der publizierten Steuertransparenzberichte in den nächsten Jahren deutlich zunehmen. Wenn Unternehmen freiwillig bzw. früher Steuerangaben veröffentlichen, als es z. B. die Public-CbCR-Richtlinie verlangt, können sie dies als Gelegenheit nutzen, um ein umfassendes Bild von sich zu präsentieren sowie steuerliche Aspekte auf ihre ESG-Kommunikationsstrategie abzustimmen.

Wo stehen wir heute und wo wollen wir hin?

Je nach Branche, bisheriger Geschäftstätigkeit und Priorität stehen Unternehmen beim Thema Steuertransparenz an ganz verschiedenen Punkten und verfolgen unterschiedliche Ziele. Völlig unabhängig von ihrem Status quo sollten sie sich fragen, welche Bedeutung steuerliche Aspekte für ihre Nachhaltigkeitsziele haben und welche Auswirkung der allgemeine Trend zu mehr Steuertransparenz für sie hat. Dazu müssen sie:

- festlegen, wer im Unternehmen für die Vorbereitung und Umsetzung von ESG-Themen und die Erstellung von Nachhaltigkeitsberichten zuständig ist.
- die Frage beantworten, ob ihr Konzept zur Steuer-Governance die Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen erfüllt.
- eine Steuertransparenz-Roadmap für die nächsten Jahre entwickeln, die vorgibt, wann welche Informationen und Daten offengelegt werden.
- abklären, ob alle Daten, die das Unternehmen künftig offenlegen will oder muss, aus den heutigen Systemen extrahiert werden können.
- im Rahmen einer Risikobewertung des aktuellen CbC-Profiles untersuchen, in welchen Kontext die Daten zu stellen und welche Massnahmen zu ergreifen sind, um mögliche Reputationsrisiken proaktiv zu beeinflussen.
- abwägen, ob für einige oder alle der offengelegten Daten eine unabhängige Prüfbestätigung eingeholt werden soll.
- die allgemeine ESG-Kommunikationsstrategie mit den Zielen der Steuertransparenz in Einklang bringen.

Fazit und Ausblick

Regierungen, öffentlicher Sektor und private Anspruchsgruppen sind sich zunehmend einig, dass Steuern ein Kernelement des ESG-Universums sind. Rund um den Globus entstehen «grüne» Steuerkonzepte, mit denen die Regierungen neue Ressourcen zur Finanzierung ihrer ESG-Ziele erschliessen wollen. Gleichzeitig steigt der öffentliche Druck auf Unternehmen, schneller als bisher auf nachhaltige Geschäftspraktiken umzusteigen. Steueranreize und Steuergutschriften bei direkten und indirekten Steuern werden ebenfalls von zunehmender Bedeutung in der Steuerpolitik sein. Gleichzeitig wird das Thema Steuertransparenz zu einer wichtigen Messgrösse zur Beurteilung des Governance-Konzepts von Unternehmen, das eng mit den ESG-Kennzahlen abzustimmen ist. Die Aufnahme eines eigenen Steuerabschnitts in die GRI-Standards (GRI 207) und die Einführung der EU-Richtlinie zur öffentlichen länderbezogenen Berichterstattung (EU Public CbCR) haben die Debatte zusätzlich stark angeheizt.

Mit weiteren Fortschritten beim Thema ESG müssen Unternehmen prüfen, welche Auswirkungen ESG-bezogene Steuerkonzepte auf ihre Geschäftsmodelle haben, sowie ihre Wertschöpfungstreiber und Prioritäten überdenken. Bei Bedarf muss eine Transformation in Angriff genommen werden. Steuerplanung und die Entwicklung einer ESG-konformen Unternehmensstrategie werden künftig zu wichtigen Differenzierungsfaktoren in den Bereichen ESG und Steuern.

Erst wenige der 150 grössten SIX-kotierten Unternehmen publizieren Steuertransparenzberichte und noch weniger dieser Berichte gehen ins Detail. Angesichts der Public-CbCR-Richtlinie der EU und des zunehmenden Drucks der Anspruchsgruppen sollten wir künftig jedoch mehr und qualitativ bessere Steuertransparenzberichte zu sehen bekommen.

Vor diesem Hintergrund ist es jetzt an der Zeit, dass Unternehmen ihren Status quo zum Thema Steuertransparenz erheben und einen klaren Fahrplan aufstellen, wie sie sich in den nächsten Jahren diesbezüglich weiterentwickeln und positionieren wollen. Es gibt auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit kein Zurück. Dies anzuerkennen ist der erste Schritt in die richtige Richtung.

Wichtige steuerliche Überlegungen für eine nachhaltige Strategie und Planung in den Bereichen ESG und Steuern



Bewertung von grünen Steuern und damit verbundenen Compliance-Anforderungen

(Steuern auf CO₂/Plastik sowie weitere
ESG-Steuern)



Analyse der Auswirkungen über das gesamte Transaktions- und Geschäftsmodell hinweg



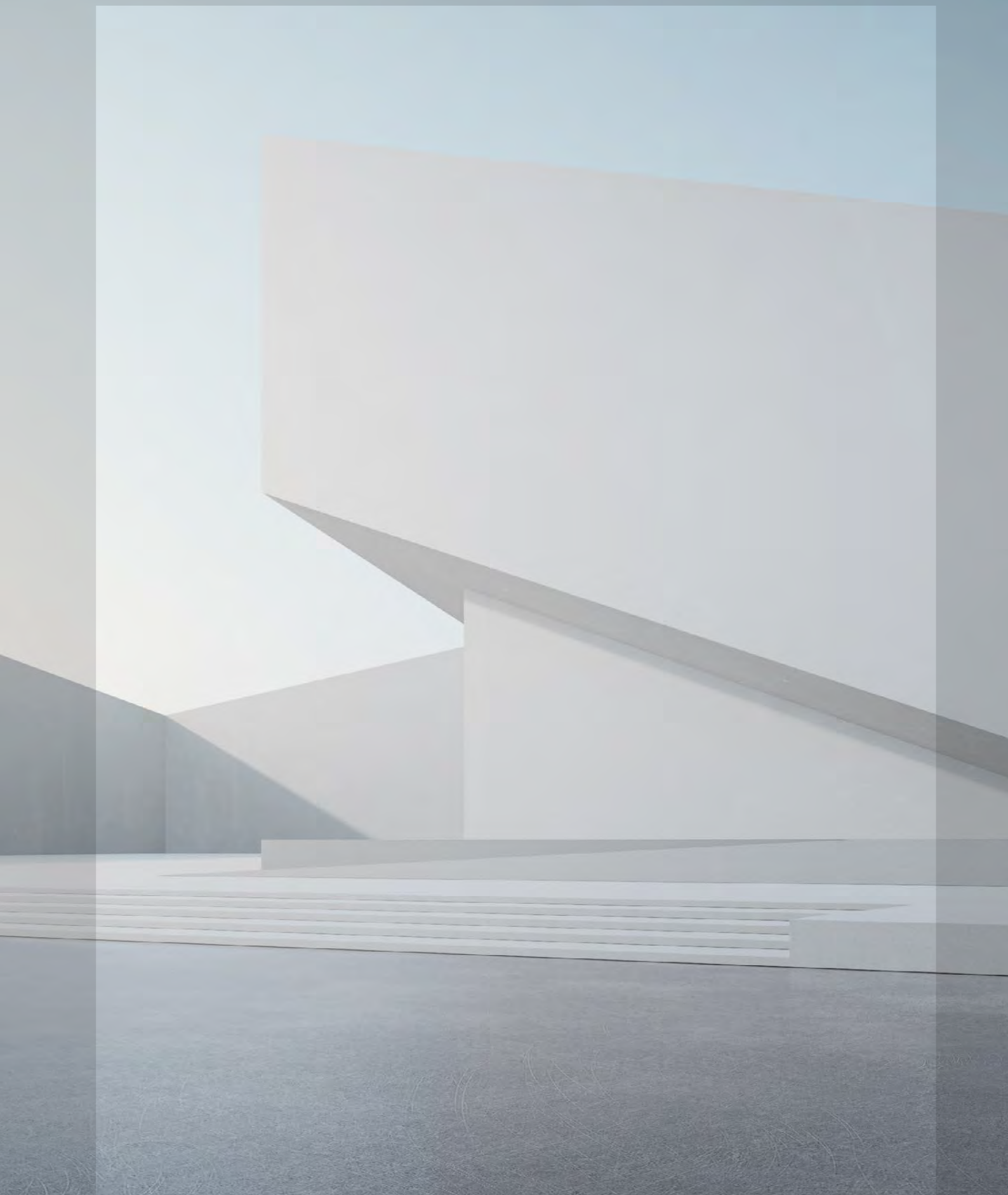
Aufnahme der Steuerplanung in die ESG-Strategie, Prüfung von Steueranreizen, Steuergutschriften und anderen Finanzierungsmöglichkeiten



Entwicklung eines Gesamtkonzepts für Steuertransparenz und -Governance

Unternehmens- besteuerung

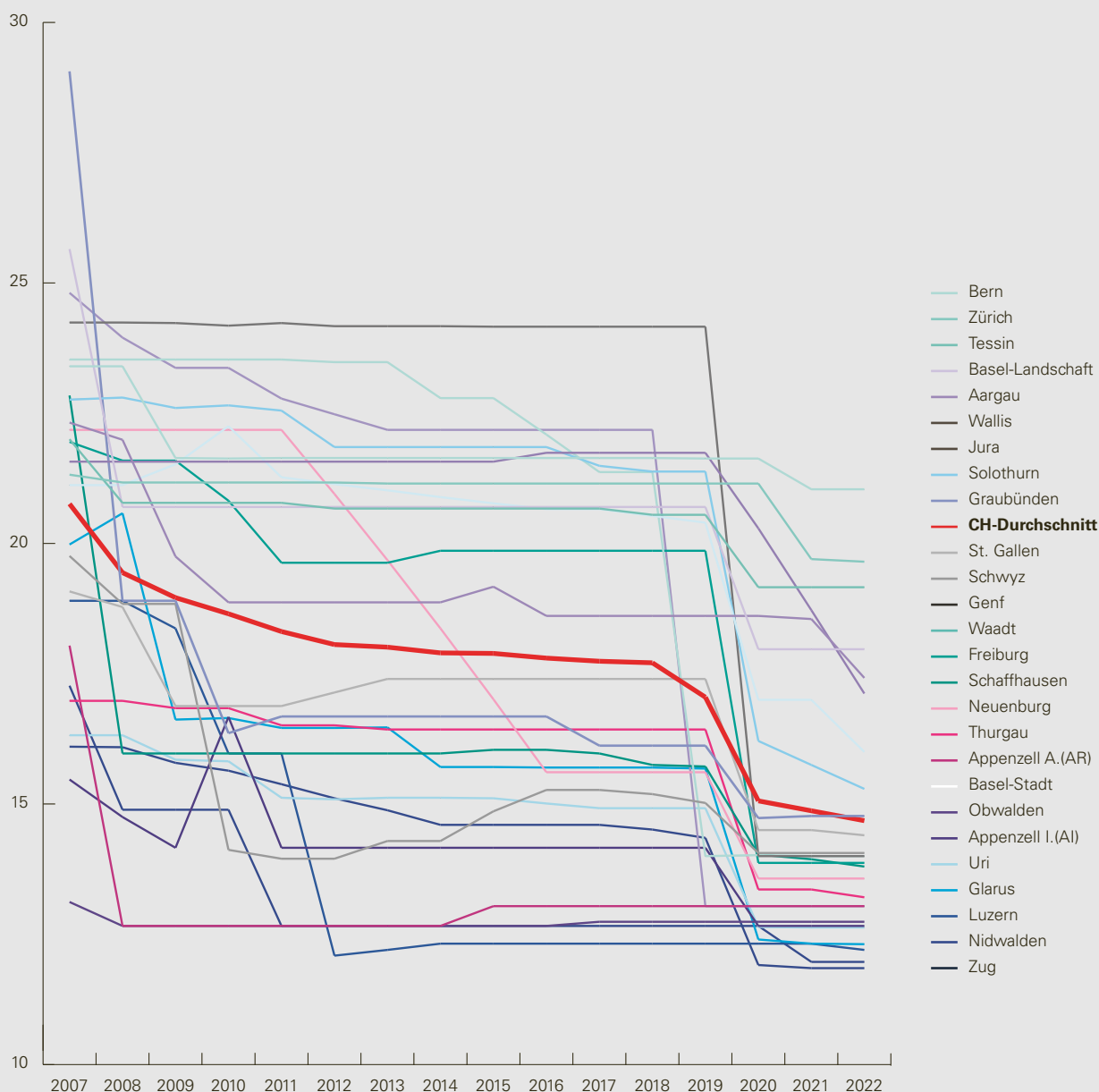
Gewinnsteuer



Nach wie vor vereinzelte Senkungen

Gewinnsteuersätze in den Kantonen – Trend 2007 bis 2022

Nach einigen Senkungen in der (früheren) Vergangenheit, erfolgte eine gewisse Stagnation der Unternehmenssteuersätze, bis Basel-Stadt und Waadt ihre Sätze 2019 senkten und die meisten anderen Kantonen im 2020 nachzogen. Vereinzelt Kantone senken (erst bzw. weiter) im 2022.



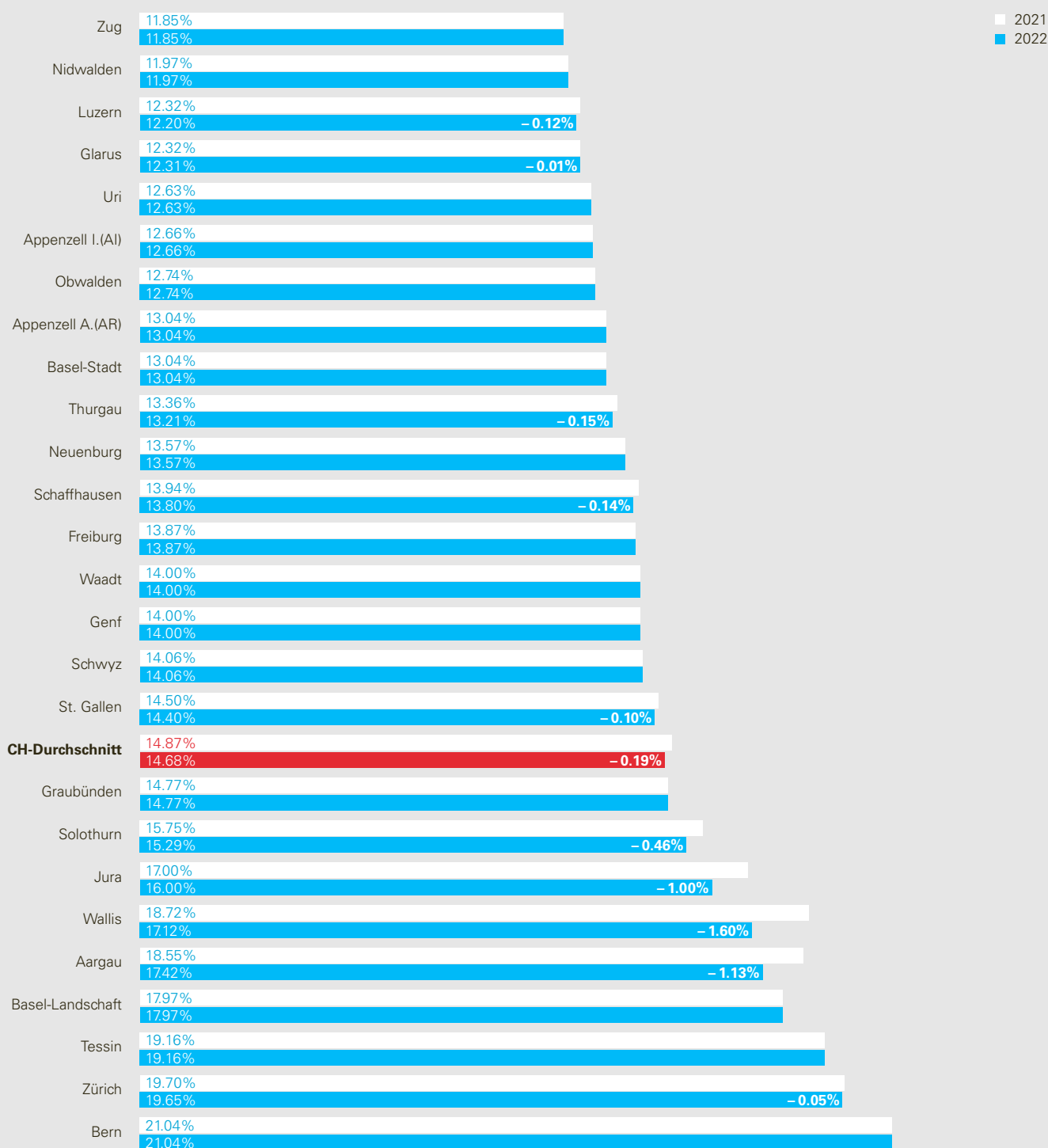
Hinweis: Max. eff. Vorsteuersatz Bund/Kanton/Gemeinde für den jeweiligen Hauptort. Gewinnsteuerfüsse für BL, BE (nur Gemeinde) FR, GE, JU, SO (nur Kanton) und TG von 2021. Quelle: KPMG Schweiz

Gewinnsteuersätze in den Kantonen – 2021 und 2022

Nachdem in den Vorjahren aufgrund der Unternehmenssteuerreform STAF viele Sätze gesenkt wurden, gab es von 2021 auf 2022 nur noch vereinzelte Steuersatzsenkungen. Die grössten Senkungen erfolgten in den Kantonen Wallis, Jura und Aargau (vorbehältlich Volksabstimmung vom 15. Mai 2022).

Vereinzelte Senkungen der Gewinnsteuersätze in den Kantonen 2022

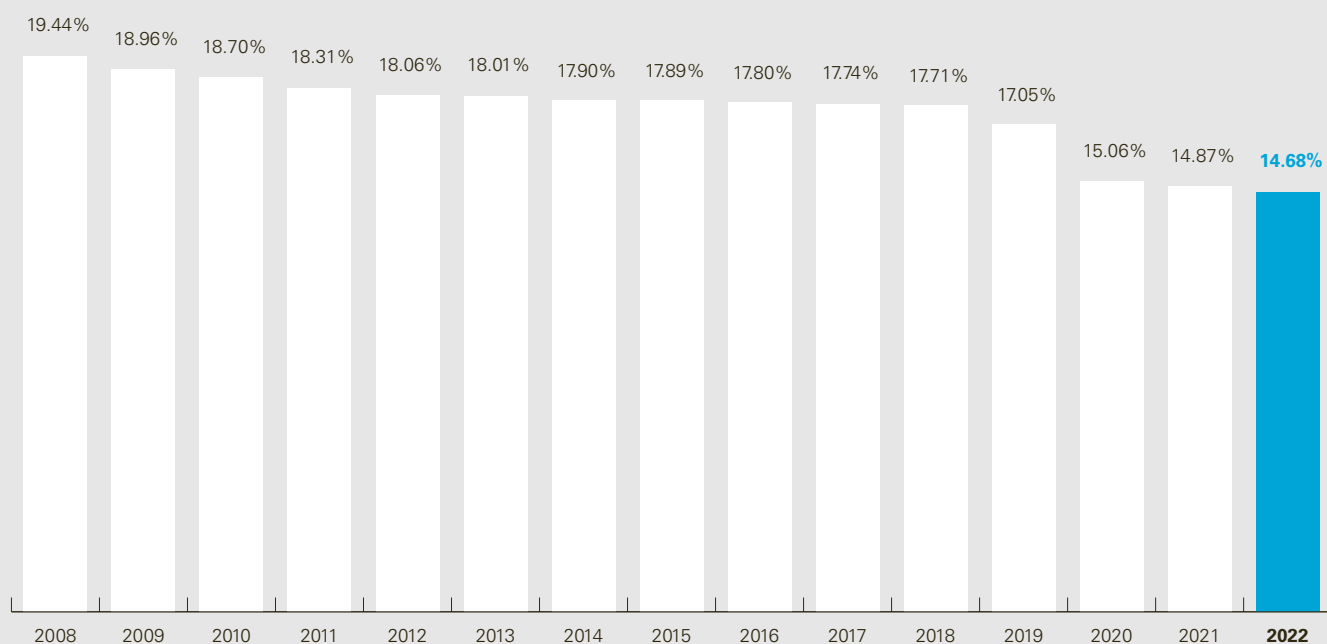
Im dritten Jahr nach der Unternehmenssteuerreform (STAF) haben vereinzelte Kantone ihre Gewinnsteuersätze nur noch marginal gesenkt. Dabei handelt es sich insbesondere um Kantone, welche die Senkung ihrer Sätze über mehrere Jahre verteilen. Aus diesen Grund sind noch bis zum Jahr 2025 Senkungen vorprogrammiert.



Hinweis: Max. eff. Vorsteuersatz Bund/Kanton/Gemeinde für den jeweiligen Hauptort. Gewinnsteuerfüsse für BL, BE (nur Gemeinde) FR, GE, JU, SO (nur Kanton) und TG von 2021. Quelle: KPMG Schweiz

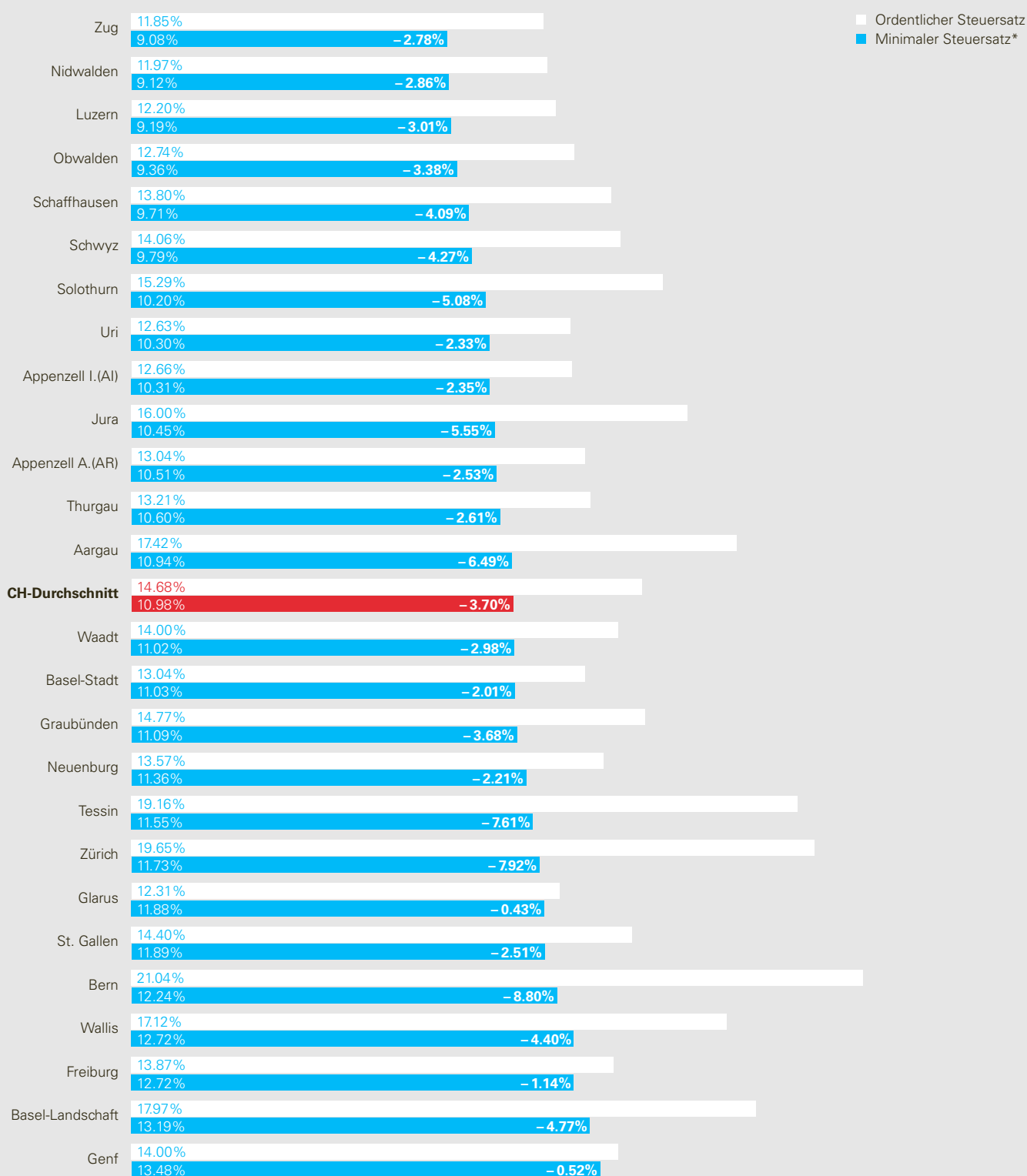
Gewinnsteuersätze in den Kantonen – Trend: 2008 bis 2022

Während der durchschnittliche Steuersatz von 2019 auf 2020 (zufolge der Steuerreform STAF) noch spürbar reduziert worden ist, war die Reduktion von 2020 auf 2021 sowie auf 2022 nur noch marginal. In den nächsten drei Jahren ist ein weiterer leichter Rückgang zu erwarten, da einige Kantone ihre Steuersätze weiter senken werden.



Minimaler Steuersatz

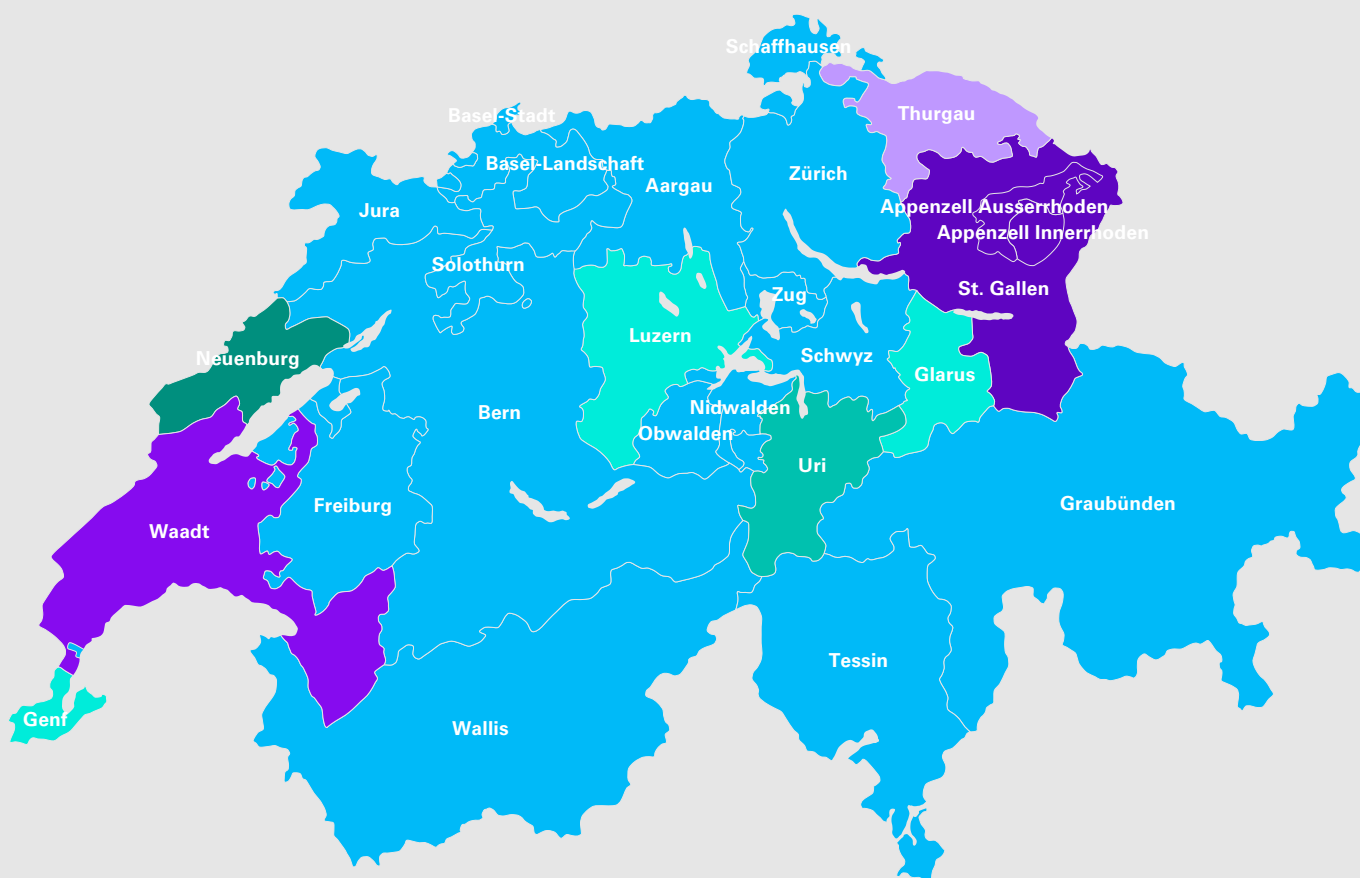
Wenn die minimalen Steuersätze (maximale Entlastung durch die neuen Instrumente oder Übergangsregelungen) betrachtet werden, dann rücken die Kantone näher zusammen, auch weil insbesondere Hochsteuerkantone eine umfangreichere Entlastung durch die neuen Instrumente zulassen, während die Tiefsteuerkantone oft eher eingeschränkt Abzüge gewähren.



* bei maximaler Ausschöpfung der Massnahmen unter Beachtung der Entlastungsbegrenzung

Patentboxentlastung

Während die meisten Kantone die maximal mögliche Entlastung von 90% vorsehen, liegen ein paar Kantone deutlich darunter, insbesondere Genf, Glarus, Luzern, Neuenburg und Uri.

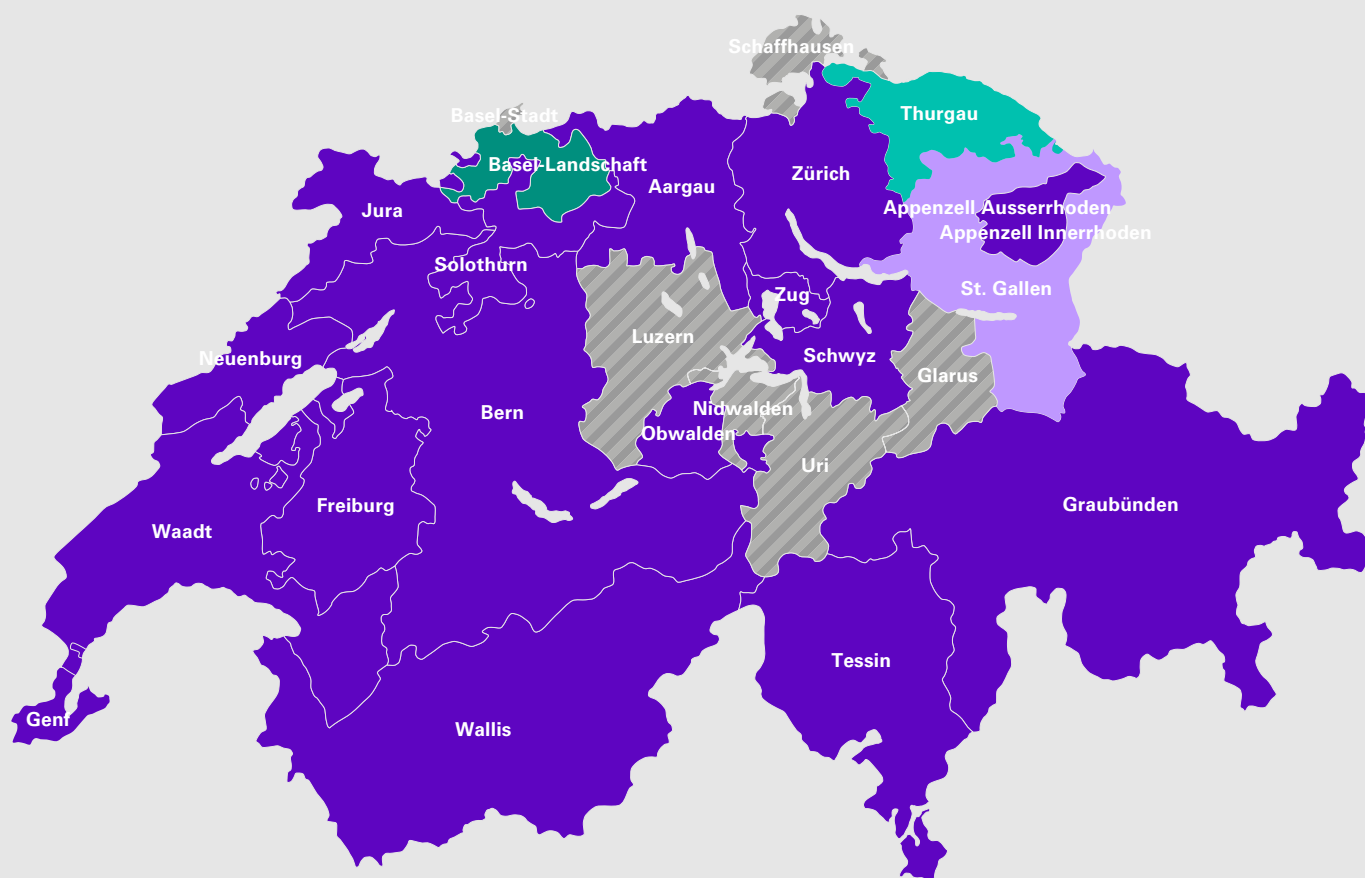


Patentboxentlastung

- 90%
- 60%
- 50%
- 40%
- 30%
- 20%
- 10%

F&E-Zusatzabzug

Abgesehen von ein paar zentralschweizer Kantonen (Luzern, Nidwalden, Uri), Glarus, Schaffhausen (erst ab 2025) sowie Basel-Stadt haben alle Kantone den Zusatzabzug für F&E eingeführt – die meisten auf dem Maximum von 50%.



F&E-Zusatzabzug

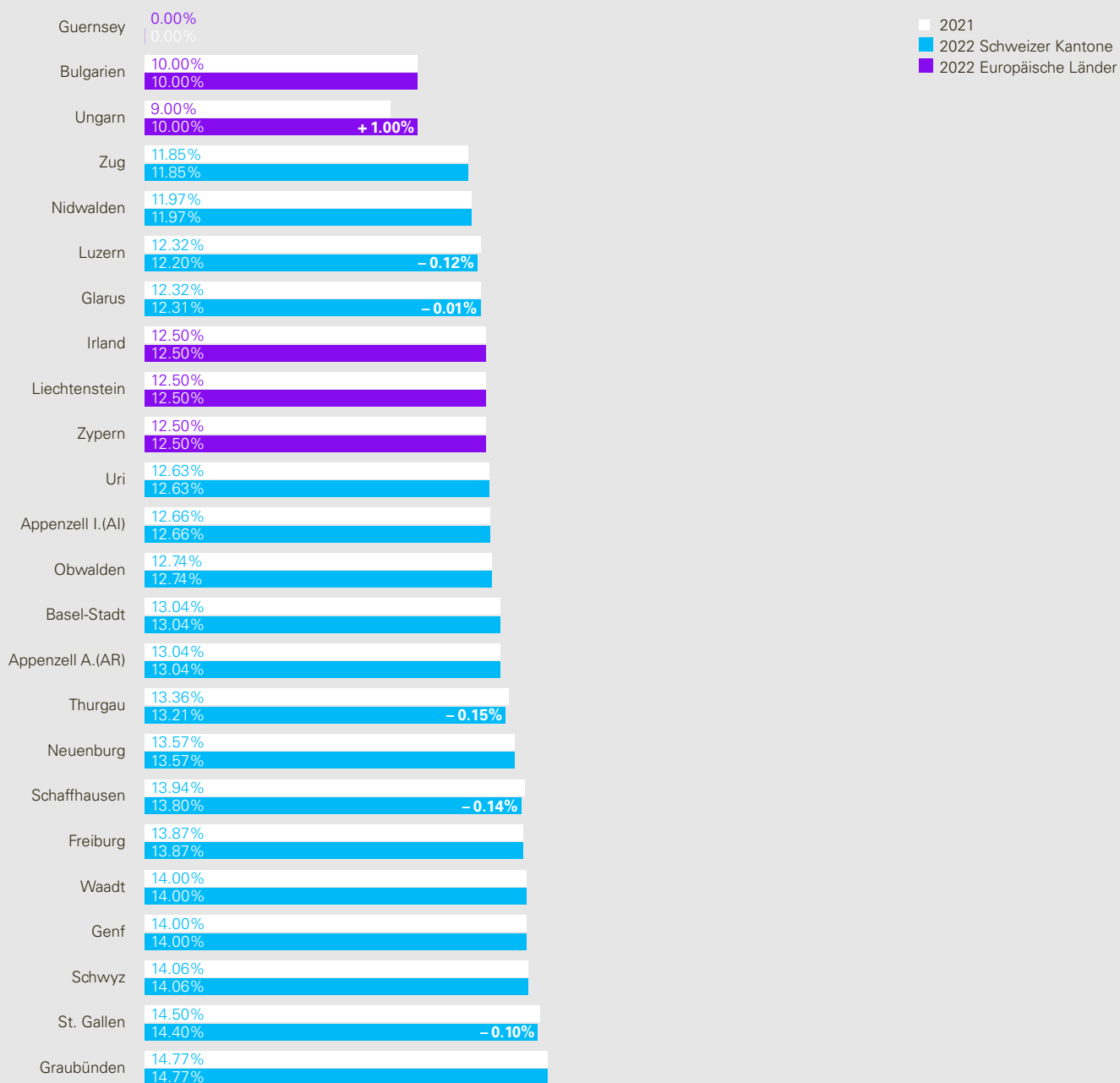
- 50%
- 40%
- 30%
- 20%
- n/a

Die Kantone im Vergleich zu den europäischen Ländern

Der Vergleich mit Europa zeigt kaum eine Veränderung bei den tieferen Steuersätzen. Die Kantone der Zentralschweiz nehmen weiterhin eine positive Position ein. Zu ihnen gesellen sich seit 2020 auch Basel-Stadt, Genf und Waadt. Die Kanalinseln und einige (süd-)osteuropäische Staaten sind die einzigen Standorte, die noch niedrigere ordentliche Gewinnsteuersätze anbieten. Irland ist auch 2022 der wichtigste Konkurrent der Schweiz in Europa.

Im Mittelfeld Europas gibt es eher wenig Veränderungen. Neu im Mittelfeld ist Montenegro, wo der neuerdings progressive Steuersatz 15 Prozent erreichen kann.

Das Schlusslicht in Sachen Attraktivität der ordentlichen Gewinnsteuersätze bilden verschiedene nord-, west- und südeuropäische Staaten. Wie auch 2021 senkt Frankreich 2022 seinen Unternehmenssteuersatz, auf nun noch 25%. Einige Schweizer Kantone, die eher am oberen Ende sind, konnten sich auch dieses Jahr leicht verbessern (Wallis und Aargau).





Aussereuropäischer Vergleich (ausgewählte Länder)

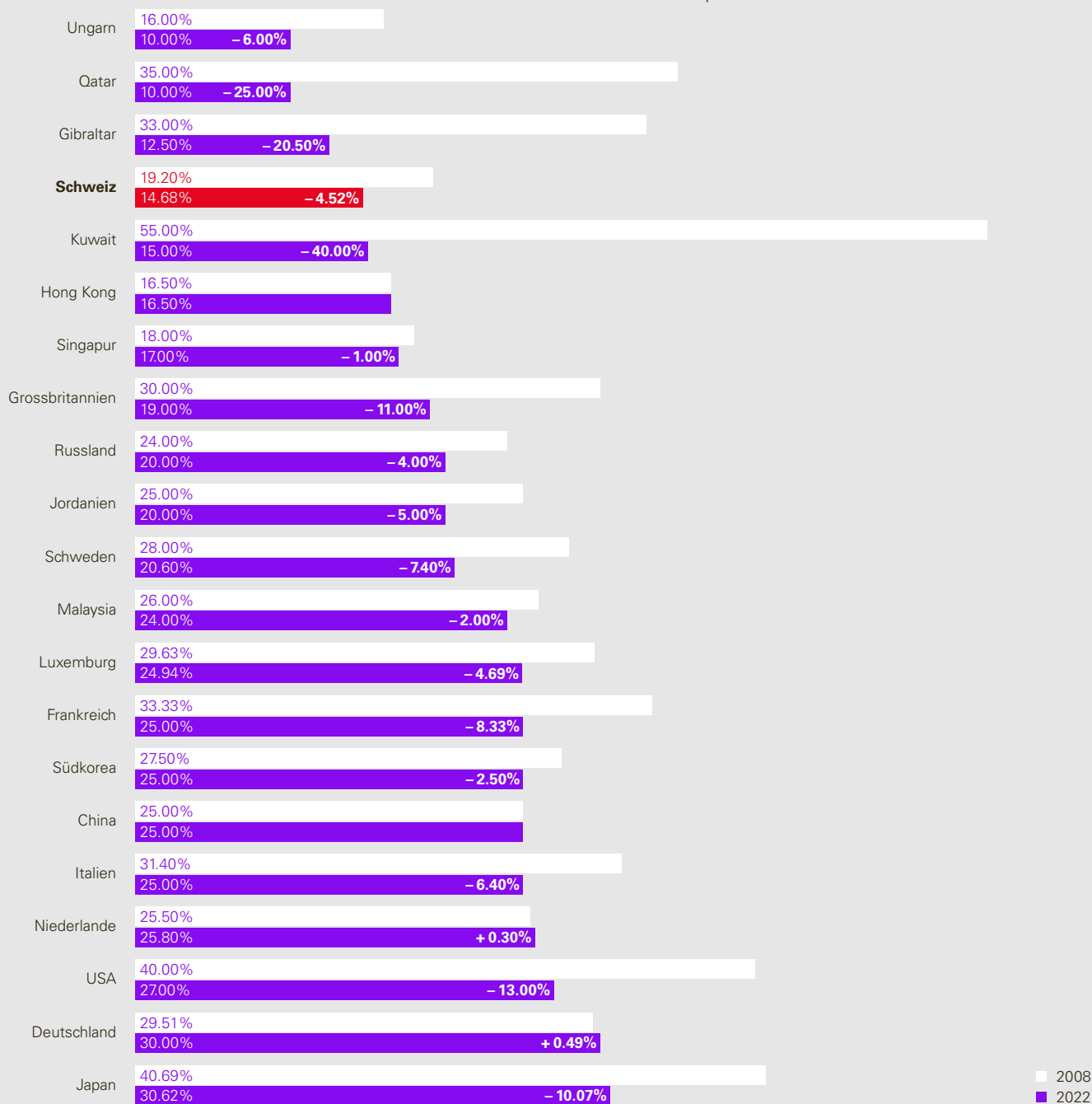
Die traditionellen Offshore-Domizile sind nach wie vor klar führend in Bezug auf die Attraktivität von Steuern. Im ausser-europäischen Vergleich belegt die Schweiz weiterhin einen guten Platz im oberen Drittel (vor Hongkong und Singapur).



* mit Ausnahmen (0% – 55%)

Trend: Länder 2008 – 2022

In den letzten Jahren sind die Gewinnsteuersätze in vielen Ländern stark gesunken, insbesondere im Nahen Osten, USA, Grossbritannien und Japan fanden umfangreichere Kürzungen von über 10 Prozentpunkten statt.



Nur wenige Länder haben ihre Gewinnsteuersätze seit 2008 tatsächlich erhöht.

Individual- besteuerung

Einkommenssteuer

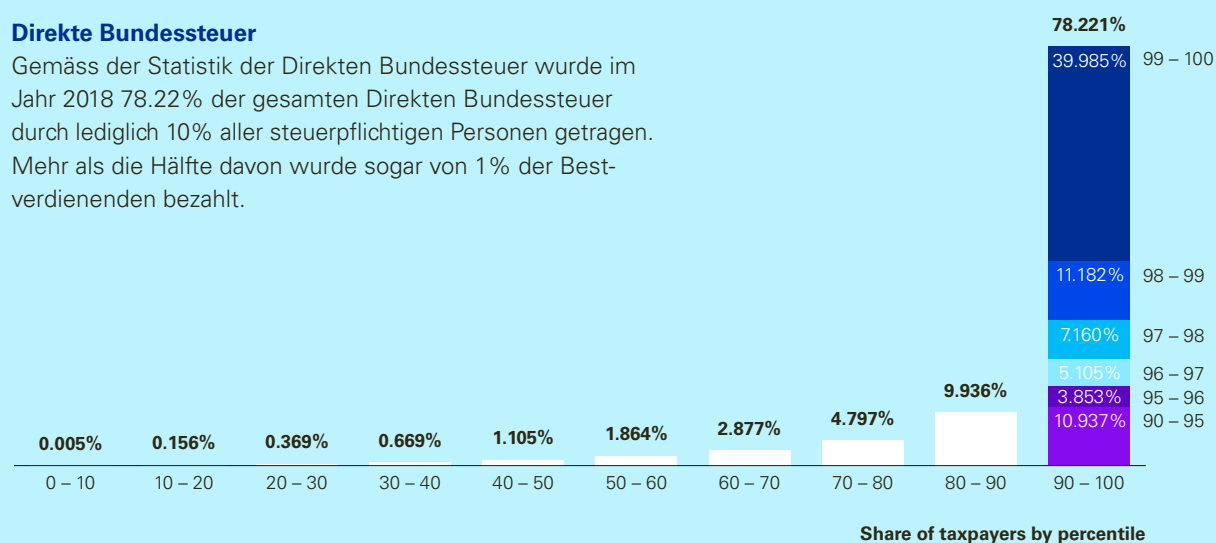


Einkommenssteuersätze in den Kantonen

Der Wirtschaftsstandort Schweiz bleibt weiterhin attraktiv für Privatpersonen. Die Individualsteuersätze verändern sich verglichen zu den Vorjahren minimal und blieben mit einem durchschnittlichen Maximalsteuersatz von rund 33.52% stabil. Die Schweiz kann sich verglichen mit anderen europäischen Ländern sowie im Ausser-europäischen Vergleich im Mittelfeld halten.

Direkte Bundessteuer

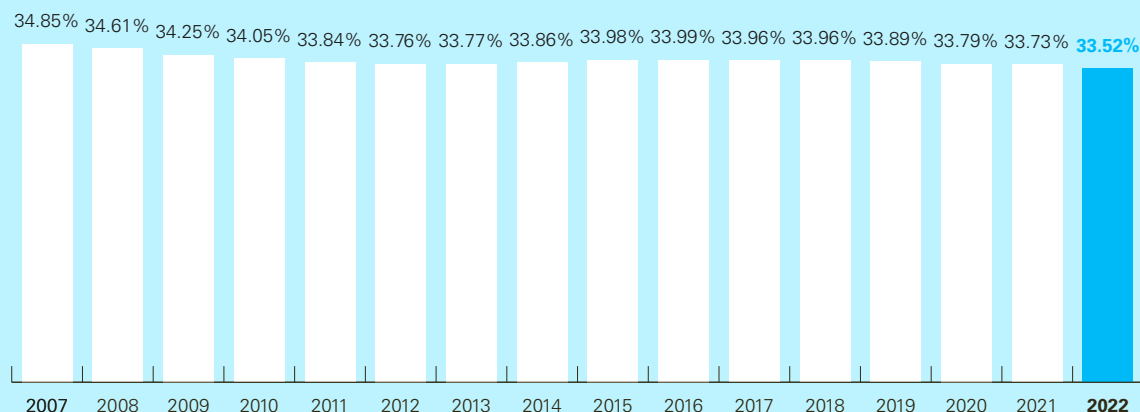
Gemäss der Statistik der Direkten Bundessteuer wurde im Jahr 2018 78.22% der gesamten Direkten Bundessteuer durch lediglich 10% aller steuerpflichtigen Personen getragen. Mehr als die Hälfte davon wurde sogar von 1% der Bestverdienenden bezahlt.



Source: <https://www.estv.admin.ch/estv/de/home/allgemein/steuerstatistiken/fachinformationen/steuerstatistiken/direkte-bundessteuer.html>

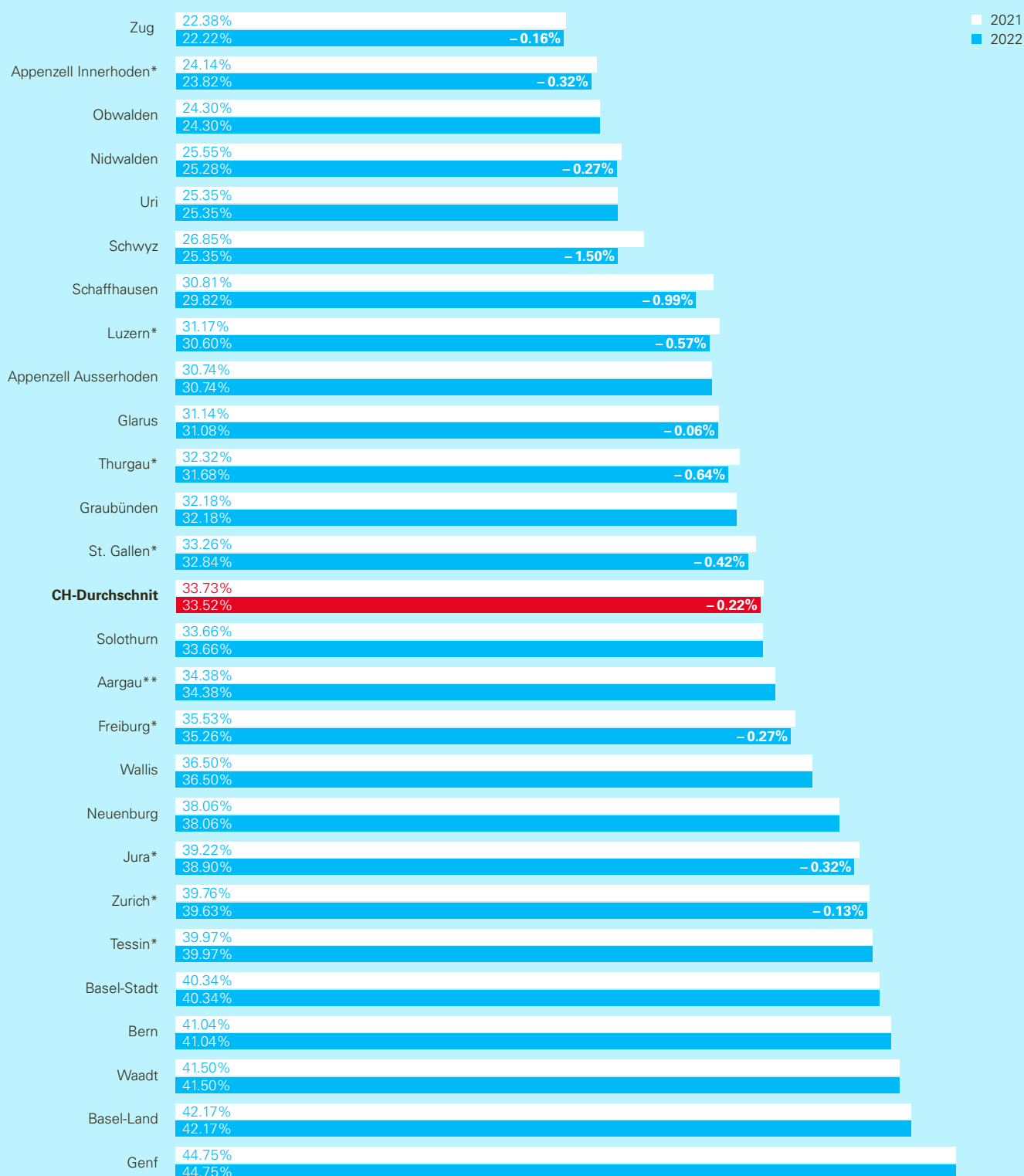
Einkommenssteuersätze in den Kantonen – Entwicklung 2007 bis 2022

Über die letzten 15 Jahre haben die Kantone die Grenzsteuersätze für natürliche Personen in der Schweiz tendenziell um 1% gesenkt. Im Jahr 2022 scheint dieser Abwärtstrend anzuhalten. Trotz der Corona-Pandemie scheint die Finanzentwicklung der meisten Kanton stabil zu verlaufen.



Einkommenssteuersätze in den Kantonen – 2021 und 2022

Die Steuersätze in der Schweiz haben sich für das Jahr 2022 in vielen Kantonen etwas reduziert. Nach einer Steuererhöhung im Jahr 2015 hat der Kanton Schwyz nun seinen Kantonssteuersatz von 150 auf 120 Prozentpunkte gesenkt. Ebenso hat der Kanton Schaffhausen die Kantonssteuer um 8 Prozentpunkte auf 94 gesenkt. Unveränderte Spitzenreiter sind weiterhin die Westschweizer Kantone - allen voran Genf.



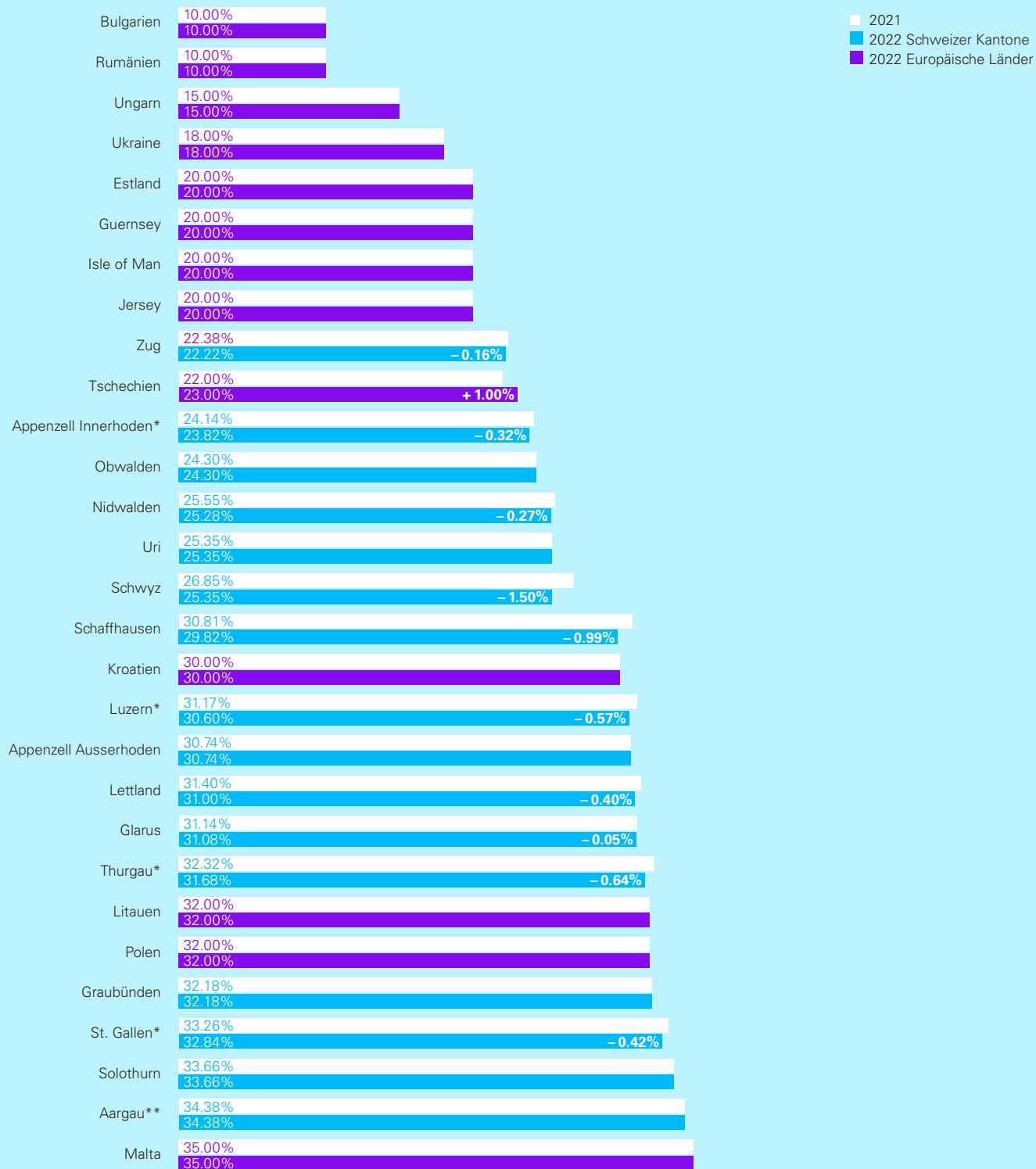
Hinweis: Max. eff. Einkommenssteuersatz Bund/Kanton/Gemeinde für den jeweiligen Hauptort.

Einkommenssteuersätze in den Kantonen = Steuersatz im Hauptort + 11.5% Bundessteuer. Quelle: KPMG Schweiz

* basierend auf 2021 Tax Rates ** Teilweise basierend auf 2021

Die Kantone im Vergleich zu den europäischen Ländern

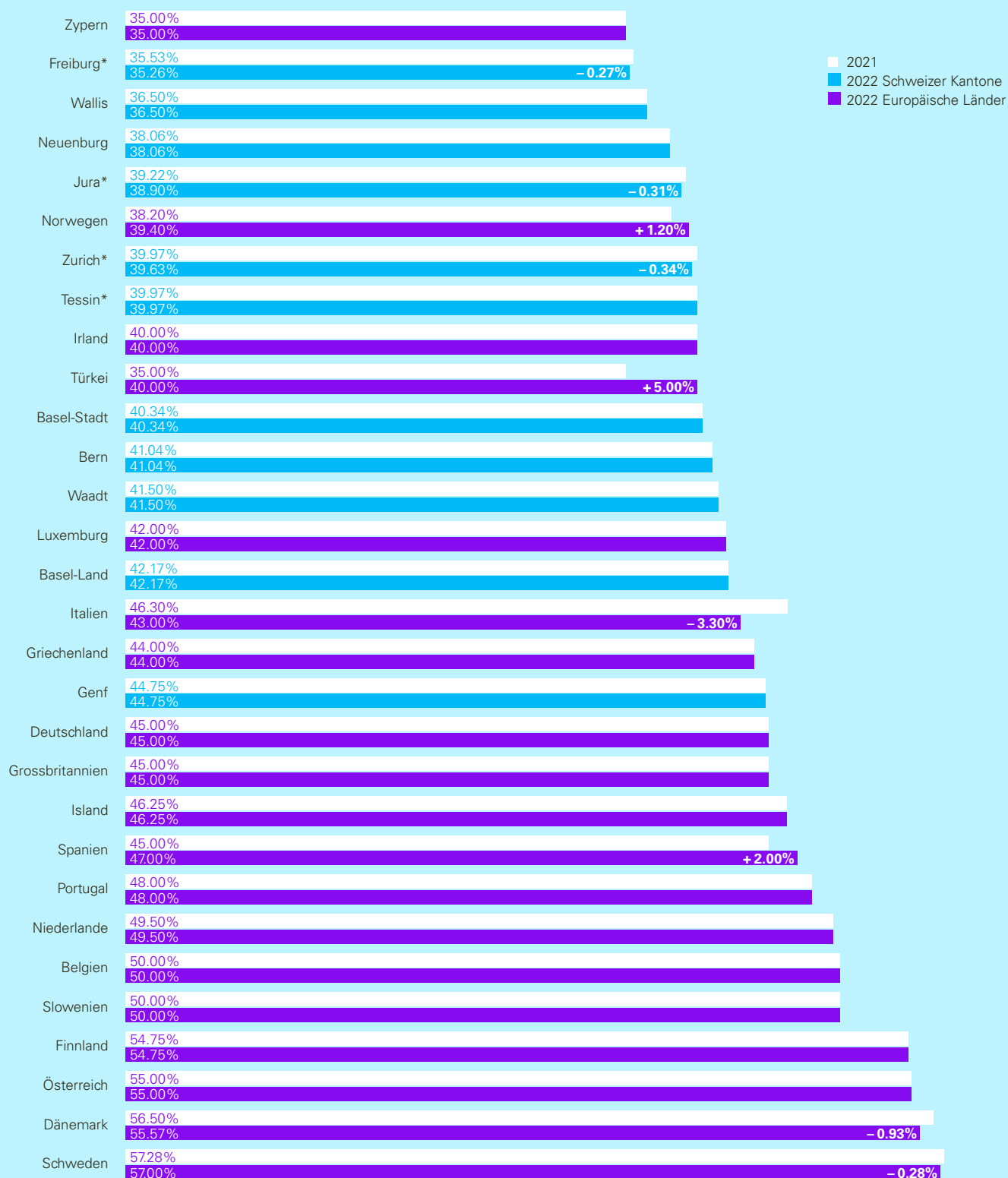
Im europäischen Vergleich sind die Zentralschweizer Kantone durchaus wettbewerbsfähig und können mit den Tiefsteuer-Oasen wie Jersey und Isle of Man mithalten. Die Skandinavischen Länder sind auch im Jahr 2022 wieder Spitzenreiter im Vergleich mit anderen europäischen Ländern.



Hinweis: Max. eff. Einkommenssteuersatz Bund/Kanton/Gemeinde für den jeweiligen Hauptort.

Einkommenssteuersätze in den Kantonen = Steuersatz im Hauptort + 11.5% Bundessteuer. Quelle: KPMG Schweiz

* basierend auf 2021 Tax Rates ** Teilweise basierend auf 2021



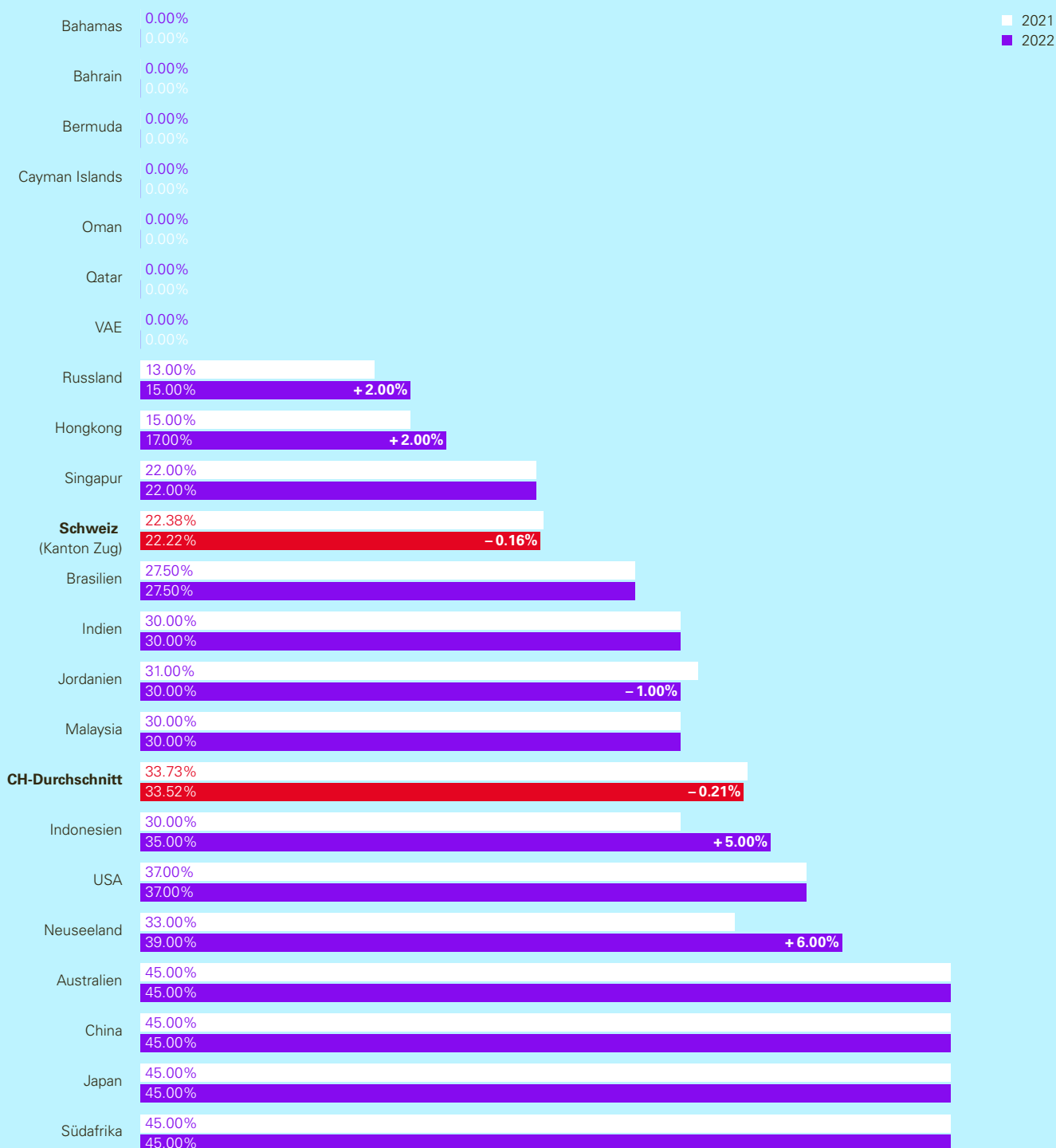
Hinweis: Max. eff. Einkommenssteuersatz Bund/Kanton/Gemeinde für den jeweiligen Hauptort.

Einkommenssteuersätze in den Kantonen = Steuersatz im Hauptort + 11.5% Bundessteuer. Quelle: KPMG Schweiz

* basierend auf 2021 Tax Rates ** Teilweise basierend auf 2021

Aussereuropäischer Vergleich (ausgewählte Länder)

Die traditionellen Offshore-Domizile sind nach wie vor klar führend in Bezug auf die Attraktivität von Steuersätzen. Im aussereuropäischen Vergleich ist die Schweiz im Durchschnitt weiterhin im Mittelfeld. Vergleicht man die Zentralschweizer Tiefsteuerkantone mit den aussereuropäischen Ländern, sind diese vergleichbar mit Singapur. Neuseeland und Indonesien verzeichnen eine Steuererhöhung für natürliche Personen verglichen zum Vorjahr.



Hinweis: Max. eff. Einkommenssteuersatz Bund/Kanton/Gemeinde für den jeweiligen Hauptort.

Einkommenssteuersätze in den Kantonen = Steuersatz im Hauptort + 11.5% Bundessteuer. Quelle: KPMG Schweiz

Trend: Länder 2007 – 2022

Im letzten Jahrzehnt haben viele Osteuropäische Länder die Steuersätze durch die Einführung des Einheitssatzes drastisch gesenkt während die baltischen Staaten sowie einige Nordeuropäische Staaten die Steuersätze tendenziell erhöht haben.



Hinweis: Max. eff. Einkommenssteuersatz Bund/Kanton/Gemeinde für den jeweiligen Hauptort.
Einkommenssteuersätze in den Kantonen = Steuersatz im Hauptort + 11.5% Bundessteuer. Quelle: KPMG Schweiz

Glossar

- CbCR** Die länderbezogene Berichterstattung (Country-by-Country Reporting, CbCR) ist Teil des Aktionsplans der OECD zur Bekämpfung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS). CbCR gilt für multinationale Unternehmen mit einem konsolidierten Jahresumsatz von über EUR 750 Millionen. Diese Unternehmen müssen einen jährlichen Bericht, den CbC-Bericht, vorlegen, in dem die Kernelemente des Jahresabschlusses nach Ländern aufgeschlüsselt dargestellt sind. CbCR liefert den Steuerbehörden Informationen, die ihnen helfen, Verrechnungspreisrisiken zu bewerten und zu bestimmen, wie sie ihre Ressourcen für Steuerprüfungen einsetzen. Datum und Zeitplan der Umsetzung hängen von der Gesetzgebung der einzelnen Länder ab.
- CRD IV** Die Eigenkapitalrichtlinie (Capital Requirement Directive, CRD IV) wurde in erster Linie für Banken konzipiert, gilt aber auch für Wertpapierhäuser, einschliesslich Firmen, die mit Rohstoffen handeln. Die Vorschriften betreffen hauptsächlich die Höhe des Eigenkapitals und der Liquidität, die Banken und Wertpapierhäuser in Reserve halten müssen. Mit diesen aufsichtsrechtlichen Bestimmungen soll der internationale Regulierungsrahmen für Banken umgesetzt werden (Basel III).
- EU-Bilanzrichtlinie** Die EU-Bilanzrichtlinie bildet den rechtlichen Rahmen für Einzelabschlüsse und konsolidierte Abschlüsse von Konzernen mit Sitz in der Europäischen Union («EU»). Dieser Rahmen musste bis spätestens 20. Juli 2015 in die nationale Gesetzgebung der einzelnen Mitgliedsstaaten übernommen werden.
- UN-PRI** Die UN-Prinzipien für verantwortliches Investieren (UN Principles for Responsible Investment, UN-PRI) sind eine freiwillige Regulierungsinitiative und beinhalten eine Reihe möglicher Massnahmen zur Einbindung von ESG-Themen in die Anlagepraxis. Sie umfassen sechs Prinzipien.
- GRI-Standards** Die Standards der Global Reporting Initiative (GRI) sind ein modular-aufgebautes System mit entsprechenden Berichtsstandards, die es Organisationen ermöglichen, öffentlich über ihre wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Aktivitäten und ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu berichten. Die GRI-Standards zur Nachhaltigkeitsberichterstattung sind die ersten und am weitesten verbreiteten globalen Standards für Nachhaltigkeitsberichterstattung. Der GRI-Steuerstandard soll insbesondere die öffentliche Berichterstattung über die Geschäftstätigkeit und die Zahlungen eines Unternehmens in Steuerhoheitsgebieten sowie über dessen Steuerstrategie und -politik erleichtern (gilt für Berichte, die ab dem 1. Januar 2021 veröffentlicht wurden/werden).
- Die Public-CbCR-Richtlinie der EU** Parallel zu den «nicht-öffentlichen» CbCR-Pflichten hat die EU auch «öffentliche» CbCR-Pflichten eingeführt, die per 21. Dezember 2021 in Kraft getreten sind. Sie sollen die öffentliche Rechenschaftspflicht und Transparenz gewährleisten und eine fundiertere öffentliche Debatte über den Grad der Einhaltung der Vorschriften seitens bestimmter multinationaler Konzerne fördern. Die neuen Offenlegungspflichten gelten für multinationale Unternehmen mit einem konsolidierten Jahresumsatz von über EUR 750 Millionen, sofern sich entweder ihre Muttergesellschaft in der EU befindet oder Tochtergesellschaften bzw. Zweigniederlassungen dort ansässig sind. Der Bericht muss Informationen über alle Konzerngesellschaften (einschliesslich der Gesellschaften, die nicht in der EU ansässig sind) in sieben Schlüsselbereichen offenlegen. Er ist im Unternehmensregister eines EU-Mitgliedsstaats sowie auf der Website des Unternehmens zu veröffentlichen.

Wenden Sie sich bitte an:

Stefan Kuhn

Leiter Steuer- und Rechtsberatung
Mitglied der Geschäftsleitung
+41 58 249 54 14
stefankuhn@kpmg.com

Ihre lokalen Ansprechpartner bei Steuerthemen:

Zürich / Tessin

Gernot Zitter

Partner
+41 58 249 67 30
gzitter@kpmg.com

Zentralschweiz

Markus Vogel

Partner
+41 58 249 49 64
markusvogel@kpmg.com

Mittelland

Frank Roth

Director
+41 58 249 58 92
frankroth@kpmg.com

Ostschweiz

Dr. Peter Michael

Partner
+41 58 249 25 54
pmichael@kpmg.com

Westschweiz

Vincent Thalmann

Partner
+41 58 249 64 18
vthalmann@kpmg.com

Basel

Rainer Hausmann

Director
+41 58 249 30 72
rhausmann@kpmg.com

Herausgeber

KPMG AG
Badenerstrasse 172
Postfach
8036 Zürich

+41 58 249 31 31
kpmgpublications@kpmg.com

Konzept & Redaktion

Fabian Maeder, KPMG AG

Design

van Beusekom design & brand solutions

Lektorat

Syntax Übersetzungen AG

Bilder

Daniel Hager
iStock

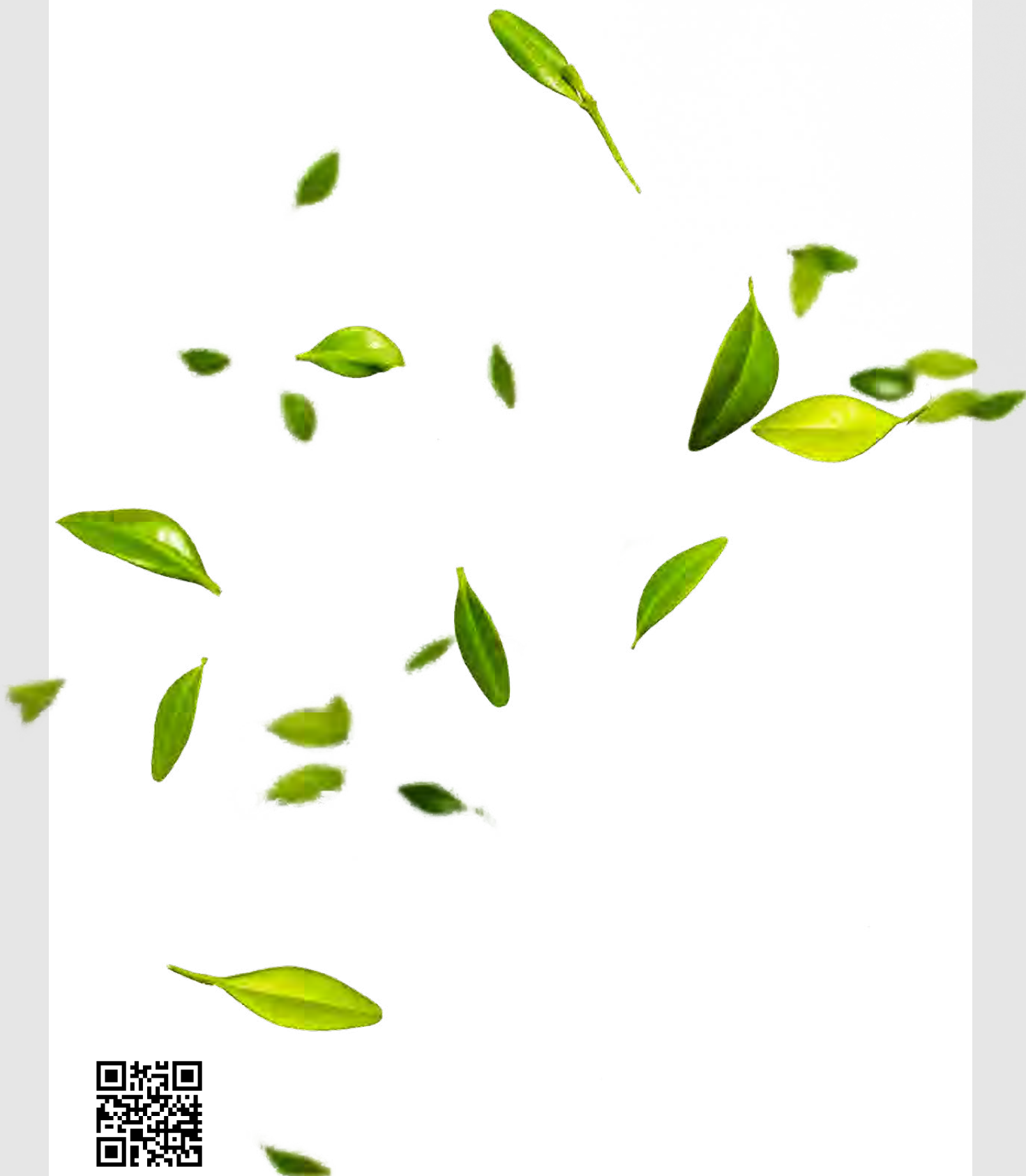
Die Wiederveröffentlichung von Artikeln ist nur unter Einholung der schriftlichen Genehmigung sowie unter Angabe der Quelle «Clarity on Swiss Taxes» gestattet.

Die hierin enthaltenen Informationen sind allgemeiner Natur und beziehen sich daher nicht auf die Umstände einzelner Personen oder Rechtsträger. Obwohl wir uns bemühen, genaue und aktuelle Informationen zu liefern, besteht keine Gewähr dafür, dass diese die Situation zum Zeitpunkt der Herausgabe oder eine künftige Situation akkurat widerspiegeln. Die genannten Informationen sollten nicht ohne eingehende Abklärungen und professionelle Beratung als Entscheidungs- oder Handlungsgrundlage dienen. Bei Prüfkunden bestimmen regulatorische Vorgaben zur Unabhängigkeit des Prüfers den Umfang einer Zusammenarbeit. Sollten Sie mehr darüber erfahren wollen, wie KPMG AG personenbezogene Daten bearbeitet, lesen Sie bitte unsere **Datenschutzerklärung**, welche Sie auf unserer Homepage www.kpmg.ch finden.

Die von den Autorinnen und Autoren zum Ausdruck gebrachten Ansichten und Meinungen stellen nicht unbedingt die Ansichten und Meinungen des Herausgebers dar.

© 2022 KPMG AG ist eine Tochtergesellschaft der KPMG Holding AG. KPMG Holding AG ist Mitglied des KPMG Netzwerks unabhängiger Mitgliedsfirmen, der KPMG International Cooperative («KPMG International»), einer juristischen Person schweizerischen Rechts. Alle Rechte vorbehalten.





⌚ **Clarity on Swiss Taxes**
kpmg.ch/swisstaxes